

Lateinamerika scheint dieser Tage in den Hintergrund zu treten, obwohl dort wichtige Entscheidungen bevorstehen. Am 50. Jahrestag der Schweinebucht-Invasion Mitte April steht etwa in Kuba ein möglicherweise historischer Parteitag an (vgl. Heft 1/11) und die Wahlen in Peru brachten einen, wenn auch vorläufigen, Erfolg des linken Kandidaten. Die Erdbeben- und Atomkatastrophe in Japan, die Umwälzungen in der arabischen Welt und vor allem die in vielerlei Hinsicht fragwürdige Intervention in Libyen halten die Welt in Atem. Auch das weltpolitisch erstarkte Brasilien mochte (neben Deutschland, China und Russland) das letztlich fadenscheinige und in seinen Konsequenzen abgründige Mandat des Weltsicherheitsrats so nicht unterstützen. Reflexartige Solidarisierungen von jen-

seits des Atlantiks mit dem Despoten machen andererseits wieder einmal die ganze Perspektiv- und Hilflosigkeit einer Außenpolitik nach der Maxime: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ deutlich.

EDITORIAL

Dynastische Regime wanken, Potentaten und Kleptokraten schnüren ihr Bündel, versteinerte Herrschaftsformen bröckeln. Ähnliches, wenngleich weniger dramatisch, passiert auch mit dem legalen Gerüst der internationalen Drogenkontrolle, der Drogen-Einheitskonvention der Vereinten Nationen, die heuer 50 Jahre alt ist. Sie diente in der Vergangenheit als Bezugspunkt für repressive Politiken und als

Rechtfertigung für verschiedenartige Interventionen – bis hin zu militärischen – im Namen des „War on Drugs“, dessen Schwerpunkt in den Andenländern lag. Die tatsächlichen Leistungen in der Drogenkontrolle blieben dagegen mehr als dürftig, gerade im Vergleich zu den politischen und gesellschaftlichen Kosten. Eine wachsende Zahl von Ländern macht heute Politik an diesen Konventionen vorbei. Während sich die Stimmen und Initiativen (gerade aus Lateinamerika) mehren, die auf eine Reform des Vertragswerks drängen, klammern sich auch hier saturierte Bürokratien an den Status quo, selbst auf die Gefahr hin, dass irgendwann das ganze Regelwerk in seiner Starrheit in sich zusammenfällt.

Robert Lessmann, Schlussredakteur des Schwerpunkts dieser Ausgabe

INHALT

THEMA: DROGENKRIEG: AUF DEM FALSCHEN TRIP

Alternativen zum Drogenkrieg 4
Von Robert Lessmann

UN-Drogenkonvention wird 50: Zeit für Korrekturen
Interview mit Martin Jelsma 7
Von Robert Lessmann

Hinter den Kulissen von Mexikos Drogenkrieg
Interview mit Anabel Hernández 8
Von Leo Gabriel

Indigene Völker und der Drogenhandel 10
Von Gilberto López y Rivas

Obama: US-Drogenpolitik auf Autopilot 11
Von Robert Lessmann

AKTUELLES & ANALYSE

Nicaragua: Auf dem Weg zum illegalen Sieg 12
Von Werner Hörtner

USA–Lateinamerika: Bilanz einer belanglosen Reise . . 13
Jimmy Carters „Privatbesuch“ in Havanna 14
Von Birgit Zehetmayer

Lateinamerika und der arabische Aufstand 15
Von Werner Hörtner

Haitis neuer Hoffnungsträger 16
Von Ralf Leonhard

Venezuela: Bolivarischer Frühling oder
Ruhe vor dem Sturm? 17
Von Christian Cwik

„Sozialpartnerschaft für Kolumbien“ 19
Von Ralf Leonhard

Peru: Im Zweifel für die Unsicherheit 20
Von Jürgen Kreuzroither

Kultur global: indische Populärkultur in Peru 20
Von Petra Hirzer

Uruguay: Der Plan Ceibal 22
Von Ulli Schmidt

Costa Rica: Regenwald mit Tradition 24
Von Klaus Beisswenger

Gelebte Solidarität. Menschenrechtsbeobachtung
in Mexiko 25

Kurznachrichten 26

Buchbesprechungen: Reiseführer Bolivien; Bolivien
und das Lithium; Das neue Kuba; Obama, der
entzauberte Präsident; Allein Zuhause 28

Literatur und Revolution 30
Splitter 31

Umschlagfotos: Robert Lessmann (Titelseite: Kokakauer;
Rückseite: Schlafmohn)



ALTERNATIVEN ZUM DROGENKRIEG

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert überzieht Washington Lateinamerika und die Welt mit dem „War on Drugs“. Bei hohen politischen Nebenkosten für die betroffenen Länder gelang es, eine Reihe strategischer Sekundärziele zu erreichen, zum Beispiel bei Militärkooperation und -präsenz. Doch an der drogenpolitischen Front gelang kein Durchbruch. Alternativen sind gefragt, doch sie sind schwer durchzusetzen – und auch ihre Anwendung klappt nicht ohne Widersprüche.

Von Robert Lessmann (Text und Fotos)

Es gibt Dinge, über die reden wir nicht so gerne“, sagte der kolumbianische Parlamentsabgeordnete und Menschenrechtsaktivist Iván Cepeda Castro ausweichend. Vor zwanzig Jahren, so hatte ich ihn am Ende einer Diskussionsveranstaltung gefragt, habe man bei Kolumbien sofort an Kokain gedacht, an Pablo Escobar und die Ochoa-Familie. Heute hätte ich das Wort Drogenhandel den ganzen Abend lang nicht ein einziges Mal gehört, obwohl doch nach wie vor weltweit 75 Prozent aller Kokainlabors in Kolumbien entdeckt und zerstört würden.

Nun kann man Iván Cepeda, der sich nach der Ermordung seines Vaters, des Senators Manuel Cepeda Vargas, unter höchstem Risiko der Menschenrechtsarbeit widmete, weder Mutlosigkeit noch Unkenntnis unterstellen. Vielleicht eher Resignation? Was ich nicht sah: Das überwiegend kolumbianische Publikum an jenem Abend schmunzelte auf meine Frage. Drogenhandel ist heute Normalität! Die Schlachten um Marktanteile und um die Rolle der großen Drogenorganisationen in Staat und Gesellschaft sind geschlagen. Sie wurden von kleineren, unauffälligeren abgelöst. Im paramilitarisierten Kolumbien des Álvaro Uribe haben sich zudem die Paramilitärs und die Guerilla des lukrativen Geschäfts bemächtigt. Das heißt nicht etwa, dass die Lage entspannt wäre: Bei einer Gesamtbevölkerung von 42 Millionen gibt es in Kolumbien infolge des schmutzigen Krieges gut fünf Millionen Binnenflüchtlinge.

Die Besprühung von Kokafeldern durch Pflanzengift aus der Luft trägt weiter zu dieser Art von „Mobilität“ bei: Im Erfolgsjahr der Kokaeradikation (2008) wurden in den Departements Cundinamarca (- 91%), Arauca (- 79%), Meta (- 47%) und Vichada (- 56%) große Teile der Koka vernichtet, doch dem standen Zuwächse gegenüber in Caldas (234%), Valle de

Cauca (361%), Chocó (159%) und Boyacá (149%). Unter dem Strich geht der Kokaanbau in Kolumbien zurück. Doch dieser Rückgang wird durch Zuwächse in Peru und Bolivien nahezu kompensiert. Und: Er war zumindest in der Vergangenheit eindeutig in die Aufstandsbekämpfung eingebunden. Eine Halbierung des Kokaanbaus zwischen den Jahren 2000 und 2004 wurde durch eine aggressive Besprühungskampagne in den Hochburgen der Guerilla erreicht: In Caqueta ging die Anbaufläche um rund 20.000, in Putumayu um 62.000 Hektar zurück. Das heißt, die Reduzierung der Kokaanbauflächen um 88.000 Hektar wurde fast ausschließlich auf Guerillagebiet erzielt. Hier nahmen sie in den folgenden Jahren auch am stärksten wieder zu.

Dass sich diese Politik als Nachhaltigkeitsdesaster erweist, ist keineswegs eine Neuigkeit: Seit dem Beginn der von Washington initiierten und koordinierten Besprühungen im Jahr 1994 wurden bis einschließlich 2008 1,3 Millionen Hektar besprüht und 0,3 Millionen Hektar zusätzlich manuell vernichtet, insgesamt also 1,6 Millionen Hektar. Das ist das Zehnfache des historischen Maximums, das im Jahr 2000 bei 163.300 Hektar Koka gelegen hatte. War der Kokaanbau zu Beginn der Besprühungen noch auf sechs Provinzen beschränkt, so findet er heute in 23 der 33 kolumbianischen Departements statt.

Brennpunkt Zentralamerika

Während vor zwanzig Jahren Kolumbien mit Bombenattentaten und Entführungen im Brennpunkt stand, so ist es heute die Nordgrenze Mexikos. Nach wie vor kommen 90% des in den USA (dem größten Markt) erhältlichen Kokains aus Kolumbien, aber es kommt heute zu 90% über Mexiko, wo der Drogenkrieg der Kartelle gegeneinander sowie gegen Polizei und Militär im zurückliegenden Jahr 2010 sage und schreibe 15.273 Todesopfer ge-

fordert hat; 2009 sollen es 9.614 gewesen sein. Ein veritabler Krieg. Zudem ein schmutziger, mit fließenden Grenzen, der unschuldige Opfer fordert und die Gesellschaft mit ihren Institutionen kontaminiert. Der südliche Nachbar der Vereinigten Staaten auf dem Weg zum *failed state*? Sei es über Polizei- und Militärhilfe oder über den Schwarzmarkt: Er wird auf beiden Seiten mit Waffen geführt, die aus den USA stammen.

In den bürokratischen Apparaten der Drogenkrieger lässt man keine Gelegenheit aus, konjunkturelle oder Teilerfolge zu beschwören. Dort sieht man diese Phase (und die Opfer) als notwendig an, bevor Sicherheit, Recht und Ordnung sich wieder durchsetzen – wie in Kolumbien. Abgesehen davon, was Menschenrechtler wie Iván Cepeda von dieser Art „Sicherheit“ und „Ordnung“ halten, zeugt diese Sicht der Dinge auch drogenpolitisch von hochgradigem Realitätsverlust. Denn der Drogenkriegs-Tsunami hat längst schon weitere Küsten erreicht. Im Jahr 2010 löste Honduras El Salvador als Land mit der höchsten Mordrate pro Kopf der Bevölkerung ab: Honduras (mit 72,8 pro 100.000), El Salvador (64,5) und Guatemala (48) – nicht Mexiko – führen heute die Liste an. Die Gewalt- und Mordtaten konzentrieren sich innerhalb dieser Länder nicht etwa auf die Großstädte, sondern auf Aktivitäten der organisierten Kriminalität und auf Regionen, in denen der Drogenhandel besonders stark ist.

Militarisierte Gegenstrategien haben nicht zu drogenpolitischen Erfolgen geführt, sondern zu beständiger Flexibilität und geographischen Verlagerungen des illegalen Geschäfts: zu „mehr Korruption, mehr Gewalt, höheren Profiten und mehr Instabilität“, sagt der argentinische Experte Juan Tokatlián, der sich als Sozialwissenschaftler seit vielen Jahren mit dem Thema beschäftigt.

Globale Stagnation auf hohem Niveau

Betrachtet man die Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts, so besteht jedenfalls zur Ernüchterung Anlass: Als Problemdroge Nummer eins gilt immer noch das Heroin mit seinem pflanzlichen Grundstoff, dem Schlafmohn. Die wichtigsten Märkte liegen in Europa (26%) und neuer-



Bolivians Antrag, das Verbot des Koka-kauens aufzuheben, wurde abgelehnt.

dings in Russland (21%), gefolgt von China (13%). Mexiko und Kolumbien spielten zeitweise eine Nebenrolle bei der Versorgung des nordamerikanischen Marktes. Ansonsten beherrschen asiatische Länder die Versorgung mit dem Rohstoff, wobei Afghanistan (mit zeitweise nahe 90%) Myanmar als wichtigster Produzent abgelöst hat. Armut und Staatszerfall haben sich hier als Nährboden erwiesen. Unter dem Strich pendelt die globale Produktion von Schlafmohn um die 200.000 Hektar, wobei sich konjunkturelle oder witterungsbedingte Veränderungen meist direkt niederschlagen, denn Schlafmohn ist, im Unterschied zu Koka, eine einjährige Pflanze.

Ähnlich ist die Situation beim Kokain, dessen pflanzlicher Grundstoff, das Koka-blatt, praktisch ausschließlich aus den Andenländern Bolivien, Kolumbien und Peru kommt, obwohl er theoretisch auch in vielen anderen Regionen wachsen würde. Ein Vierteljahrhundert „Drogenkrieg“ hat daran nichts geändert, hat aber zu Verschiebungen unter diesen Ländern geführt. Nach der Zerschlagung der großen kolumbianischen Kartelle kam es dort zu einem Prozess der Importsubstitution. Der Kokaanbau verdreifachte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die traditionellen Koka-Länder Bolivien und Peru verloren an Gewicht. Seit dem Jahr 2000 beobachten wir den gegenläufigen Trend. Doch die Rückgänge in Kolumbien haben einen hohen Preis und ihre Nachhaltigkeit ist zweifelhaft. Ein Rückgang von 13.000 Hektar (2008–2009) wurde durch Be-

sprühung von 104.772 Hektar zuzüglich manueller Eradikation von 60.557 Hektar erreicht.

Seit dem Jahr 2002 wird in Kolumbien stets viel mehr Koka vernichtet, als ursprünglich gepflanzt war oder letztlich dann übrig bleibt. Der Anbau ist dadurch zu einer extrem volatilen Angelegenheit geworden. Verschwunden ist er nicht. Zudem ist die Besprühung mit Pflanzengift ökologisch höchst umstritten. Von Erfolgen oder gar einer vernünftigen Strategie kann man da nicht wirklich sprechen. Und es gibt Kritiker, die hinter dieser Politik der verbrannten Erde eine gezielte Strategie der Bauernvertreibung und der Monopolisierung des Bodens zugunsten agroindustrieller Vorhaben sehen.

Das historische Tief des Kokaanbaus in Bolivien im Jahr 2000 markiert das Ende der Zwangseradikationen im Rahmen des *Plan por la Dignidad* des Ex-Diktators Hugo Banzer, der von teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in den Anbaugebieten begleitet war. Im Juni 2002 erreichte Evo Morales mit seiner MAS, die ihre Keimzelle in den Gewerkschaften der Kokabauern hatte, auf Anhieb Platz zwei bei den Parlamentswahlen. Nachhaltig war auch dieser „Erfolg“ nicht. Der Kokaanbau wächst seither wieder an.

Paradigmenwechsel mit gemischten Resultaten

Seit Jänner 2006 ist der Kokabauer Morales Präsident Boliviens und die für Koka und für Drogenbekämpfung zuständigen Vizeministerien wurden mit ehemaligen Koka-Gewerkschaftern besetzt. Artikel 384 der neuen Verfassung vom Jänner 2009 erhebt die Kokapflanze zum schützenswerten Naturerbe. Die zulässige Höchstgrenze für den erlaubten Anbau wurde auf 20.000 Hektar erweitert und die verhassten Agenten der US-Drogenpolizei DEA schließlich im Herbst 2008 unter dem Vorwurf der Spionage hinausgeworfen. Unter dem Motto *!Coca sí, cocaína no!* findet weiterhin eine Reduzierung des Anbaus statt. Die Ergebnisse entsprechen mit jährlich 5–6.300 Hektar etwa denen aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Aber sie finden nun in Absprache mit den Bauernorganisationen statt: freiwillig und friedlich. Nachdem die Frage der Koka-vernichtung in Bolivien ein Vierteljahrhundert lang Ursache für soziale Dauerkonflikte mit Menschenrechtsverletzungen

und Todesopfern war, ist das ein großer Segen für das Land.

Allerdings nimmt der Anbau trotz dieser Reduzierungen weiter zu; seit der Amtseinführung von Evo Morales um knapp 20%. Auf höherem Niveau und unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen tut er das übrigens auch im Nachbarland Peru. Der Neuanbau konzentriert sich auf abgelegene Zonen und Naturschutzgebiete, wohin der Ansatz einer Reduzierung über soziale Kontrolle nicht reicht. Zudem hat sich eine neue, effektivere Extraktionsmethode (*método colombiano*) durchgesetzt, bei der die Blätter zermahlen werden, bevor man sie mit den Chemikalien versetzt. Dadurch kann deutlich mehr Kokain extrahiert werden, wie viel mehr genau, kann man noch nicht sagen. Die Fahndungs- und Beschlagnahmungserfolge sind deutlich besser als die der Vorgängerregierungen. Zum Teil reflektieren sie aber wohl auch diese gestiegenen Erträge sowie den Schmuggel des Zwischenproduktes *pasta básica* von Peru über Bolivien nach Brasilien.



USA und Europa: die größten Kokainmärkte

Von einer vielfach prophezeiten Explosion von Kokaanbau und Kokainproduktion in Bolivien kann jedenfalls keine Rede sein. Im Vordergrund stehen heute die Interessen Boliviens und nicht mehr

weiter Seite 6 ⇨

⇒ von Seite 5: DROGENKRIEG

jene Washingtons. Die Resultate sind gemischt. Insbesondere angesichts des Fiascos und der jahrzehntelangen Zumutungen des *War on Drugs* überwiegt dabei das Positive. Auch wenn eine zunehmende Präsenz kolumbianischer und mexikanischer Organisationen Anlass zur Sorge gibt und die Regierung Morales mit der Verhaftung des früheren Chefs der Spezialkräfte für den Kampf gegen den Drogenhandel, General René Sanabria, Ende Februar in Panama nun auch ihren Drogenskandal hat.

Der Fall der Familie der früheren Morales-Mitkämpferin Margarita Terán (Geschwister und Schwager wurden im September 2008 mit 147 Kilo Kokain erwischt) und der von Valentín Mejillones (im Haus des Schamanen, der Morales' symbolische, indigene Amtseinführung in Tiwanaku vorgenommen hatte, wurde im August 2010 ein Kokainlabor entdeckt), waren vorher schon peinliche Beispiele dafür, wie weit die Durchdringung der Gesellschaft durch die Verlockungen des schnellen Geldes reicht.

La Paz versucht, die Lücke, die durch den Hinauswurf der DEA und die Kürzung der US-Hilfe auf heute gerade noch 10 Millionen USD entstanden ist, durch verstärkte Kooperation mit Brasilien zu füllen, einem der wichtigsten Märkte für Kokain aus Bolivien. Die Unterstützung zu entziehen (wie das die USA tun und mit einem inzwischen revidierten Teilrückzug im Herbst 2008 auch die Vereinten Natio-

nen taten), ist jedenfalls der falsche Weg, aber ein probates Mittel, einen alternativen Ansatz in Schwierigkeiten und in Misskredit zu bringen, um nachher mit dem Finger auf Bolivien zu zeigen (vgl. Beitrag Drogenpolitik unter Obama auf Seite 11).

Globale Kommission zur Drogenpolitik

„Es gibt eine wachsende Wahrnehmung, dass der Drogenkrieg gescheitert ist. Die Eradikation der Produktion und die Kriminalisierung des Konsums haben den Drogenhandel und den Drogenkonsum nicht vermindert.“ Mit diesen Worten lud eine *Global Commission on Drug Policy* am 24. und 25. Jänner zu einem ersten Treffen nach Genf ein. Ausgangspunkt war eine von den ehemaligen Präsidenten Fernando Enrique Cardoso (Brasilien), Ernesto Zedillo (Mexiko) und César Gaviria (Kolumbien) gegründete lateinamerikanische Kommission. Neben den drei Genannten, die den Kern der neuen globalen Kommission bilden, gehören ihr u.a. der Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa, Carlos Fuentes, Javier Solana, Thorwald Stoltenberg, George Shultz, Ruth

Dreifuss, Richard Branson und Kofi Annan an. Dass sie aus lauter „Ehemaligen“ besteht (einziger Amtierender ist der griechische Premierminister George Papandreou) zeigt schon, dass man sich auf starke Widerstände einstellen muss.

Die Ablehnung eines harmlosen Antrags Boliviens bezüglich des Kokakauens durch eine Gruppe von „Freunden der Drogenkonvention“ bei den Vereinten Nationen (siehe Lateinamerika anders 1/11) machte das eben erst wieder einmal deutlich. Und dass auch Gerhard Schröders Drogenbeauftragte Marion Caspers-Merk auf der Liste der Kommission steht, die in der Vergangenheit eher als glühende Verteidigerin des Status quo mit populistisch-hausbackenen Argumenten hervorgetreten war, weckt gewisse Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Unterfangens. „Korruption und Gewalt, die mit dem Drogenhandel verbunden sind, stellen eine ernste Gefahr für die Demokratie in unserer Region dar“, schrieb Cardoso in einem Zeitungsbeitrag im Jänner: „Der Schaden, durch Korruption und Gewalt, die durch die Prohibition hervorgerufen werden, übersteigt bei weitem jenen, der durch Drogen verursacht wird.“

Es gehe darum, einen Ansatz zu finden, der statt Strafe und Kriminalisierung die öffentliche Gesundheit, die Menschenrechte und den Gemeinnsinn in den Vordergrund stellt. Mit diesem Ziel hat man sich eine Bestandsaufnahme der herrschenden Politiken als Grundlage für die Reformvorschläge vorgenommen. Ein erster Bericht soll in sechs Monaten vorgelegt werden. ■

www.globalcommissiondrugs.org



Schlafmohnanbau/Opium in Hektar

	1986	1990	1995	2000	2005	2009
global	131.877	262.754	249.919	221.952	151.500	181.373
davon	86.570*	150.100*	154.070*	82.171+	104.000+	123.000+

* Myanmar

+ Afghanistan; im Jahr 2007 produzierte Afghanistan 193.000 von weltweit 235.700 Hektar; im Jahr 2001 war der Anbau wegen eines Verbots durch die Taliban auf 7.606 Hektar zurückgegangen.

Kokaanbau in Hektar

	1986	1990	1995	2000	2005	2009
Bolivien	25.800	38.300	48.600	14.600	25.400	30.900
Kolumbien	24.400	40.100	50.900	163.300	86.000	68.000
Peru	150.400	210.000	115.300	43.400	48.200	59.900
Total	200.440	288.400	214.800	221.300	159.600	158.800

Quellen: United Nations Office on Drug Control and Crime Prevention (UNODCCP): "Global Illicit Drug Trends 1999", N.Y., 1999, Tab. 9, S.41 (bis einschl. 1990).

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC): "World Drug Report 2010", N.Y. 2010, Tab. 6, S. 64 (ab 1995)

UN DROGENKONVENTION WIRD 50: ZEIT FÜR KORREKTUREN

Yuri Fedotov, der neue Exekutivdirektor des in Wien ansässigen UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung), gratulierte zum Geburtstag: Die Drogen-Einheitskonvention von 1961 habe sich bewährt, brauche aber eine Verjüngungskur. Kritiker halten das für einen Euphemismus. Martin Jelsma, Koordinator des Programms für Drogen und Demokratie des *Transnational Institute* in Amsterdam, begleitet die Anti-Drogen-Politik im Rahmen der Vereinten Nationen seit mehr als einem Jahrzehnt kritisch. Er berät neuerdings auch die *Global Commission on Drug Policy*. Mit ihm sprach Robert Lessmann am 22. März in Wien.



Aber sie ging darüber hinaus: Besonders vor dem Krieg handelte es sich meist mehr um Regulierung, um Beschränkungen des internationalen Handels mit kontrollierten Substanzen, mit denen deren Verfügbarkeit begrenzt werden sollte; es ging weniger um den Anbau und den Konsum. Einer der großen Fehler, den man bei der Einheitskonvention von 1961 gemacht hat, war die Verpflichtung zu einem Verbot traditioneller Gebrauchsformen. Das bezieht sich durchaus nicht nur auf das Kokablatt, sondern auch auf traditionelle Konsumformen – medizinischer und kultureller Art – von Opium und Cannabis. Der zweite Punkt in diesem Zusammenhang ist die Ausdehnung der Kontrollen auf die Pflanzen selbst, also zum Beispiel die Ausmerzungen des Kokabusches. Und der dritte Punkt ist die Einführung obligatorischer Strafen auch für geringe Vergehen, wie den Besitz kleiner Mengen.

Die bolivianische Regierung hat vor zwei Jahren einen Änderungsvorstoß unternommen. Zwei Unterparagraphen, die ein Verbot des Kokakauens verlangen, sollten aus der Konvention gestrichen werden. Dieses Anliegen ist zunächst einmal blockiert worden. Wie kann es nun weiter gehen?

Es hat mich überrascht, wie viele Einwendungen es dagegen gab, denn es war ja wirklich nur ein ganz begrenztes Anliegen, das nur ganz spezifisch das Kokakauen betraf. Es sollte heute jedem klar sein, dass man das Kokakauen nicht verbieten kann. Das ist eine Absicht aus dem Jahr 1961 gewesen, über die die Geschichte hinweggegangen ist. Es hat eine Renaissance des indigenen Selbstbewusstsein und der

indigenen Bewegungen gegeben, gerade auch in Bolivien, wo ja das Kokablatt zum Verfassungsbestandteil geworden ist. Trotzdem hat dieser kleine Änderungsantrag hinsichtlich einer Bestimmung, die ohnehin nicht zu implementieren ist, immerhin zu 18 Einsprüchen geführt. Da hat es eine Menge Lobbying gegeben, vor allem von Seiten der USA, aber innerhalb Europas auch durch Großbritannien. Einsprüche gab es schließlich überraschenderweise auch von Ländern, die in der Vergangenheit eher durch liberalere Positionen aufgefallen waren und die auch ein offenes Ohr für die Rechte indigener Völker gezeigt hatten, wie zum Beispiel Deutschland. Es ist ja nicht so, dass diese Länder ein Problem mit Kokakauen hätten.

Gut. Wie geht es weiter?

Da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Im Prinzip muss der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) nun eine Entscheidung treffen. Das wird im Juli auf die Tagesordnung kommen. Vorher muss man irgendwie zu einer Diskussion über diese Einwände finden. Deutschland hat ja seinen Einspruch mit der Bereitschaft verbunden, einen solchen Dialog zu ermöglichen, und genau darum geht es hier in zahlreichen informellen Gesprächen während der Kommission. Wenn das nichts bringt, könnte ECOSOC theoretisch eine Sonderkonferenz einberufen, aber das ist eine große und teure Sache. Die meisten Länder würden das nicht wollen. Ich denke, man wird versuchen, das zu vermeiden.

Weiters könnte Bolivien seine Konsequenzen aus der Sachlage ziehen und aus der Konvention austreten. Und es bestünde dann die Möglichkeit eines Wiedereintritts mit dem Vorbehalt, dass diese beiden Unterparagraphen für Bolivien nicht akzeptabel sind. Das könnte den unmittelbaren legalen Konflikt lösen, den Bolivien nun hat: zwischen der Drogenkonvention einerseits und seiner neuen Verfassung andererseits. Gleichzeitig könnte man im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation

Bei dieser 54. UN Commission on Narcotic Drugs feiert die internationale Gemeinschaft das 50-jährige Bestehen der Drogen-Einheitskonvention von 1961. Im nächsten Jahr wird man die Erfolge von „100 Jahren Drogenkontrolle“ feiern (Haager Konvention von 1912). Feiern sich da nur die Bürokraten selbst? Aus einer kritischen Perspektive: Was gibt es zu feiern und was ist wert, überdacht zu werden?

Diese Jubiläen sind wirklich gute Gelegenheiten um damit zu beginnen, diese internationalen Rahmenabkommen zu überdenken und zu überprüfen. Die Konvention von 1961 vereinheitlichte und konsolidierte all die vorherigen Instrumente.

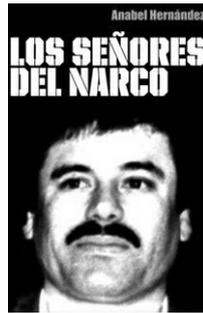
⇒ von Seite 7: INTERVIEW MIT
MARTIN JELSMÄ

(WHO) ein Expertenkomitee damit beauftragen festzustellen, ob die Aufnahme des Kokablattes in seiner natürlichen Form in die Liste der kontrollierten Substanzen der Konvention aus heutiger wissenschaftlicher Sicht noch gerechtfertigt ist. Das könnte auch für Peru und Argentinien interessant sein, die auch von den Vereinten Nationen kritisiert werden, weil dort Koka gekaut wird. Auch in Kolumbien dürfen indigene Völker in ihren Territorien Koka kauen.



Wenn wir die Drogenkontrolle im Großen betrachten, so sehen wir Verlagerungen regionaler Art und auch bei den Substanzen, aber keine durchschlagenden Erfolge sowie hohe Folgekosten und Probleme. Nun gibt es eine neue internationale Initiative, die Global Commission on Drug Policy, für die du ja auch als Berater tätig warst.

Das Interessante ist, dass es ja als eine lateinamerikanische Initiative begann, getragen von den Expräsidenten von Brasilien, Kolumbien und Mexiko. Nun ist man dabei, die Initiative auf eine globale Ebene zu bringen. Ich war bei ihrem ersten Treffen und habe eine Reihe von Papieren als Input geliefert. Es sieht so aus, als würde diese *Commission* im Juni eine Reihe von Empfehlungen vorlegen, und es sieht weiter so aus, als würden diese ein bisschen weiter gehen als jene, die von der lateinamerikanischen Kommission gemacht wurden. Zum Beispiel Cannabis betreffend, wo die internationale Drogenkontrolle in den letzten 50 Jahren gar nichts gebracht hat. Die Empfehlung könnte dahin gehen, Cannabis aus dem bestehenden Vertragssystem überhaupt herauszunehmen und den Markt anders zu regulieren. Und in diesem Sinne auch dieses Vertragssystem selbst einer Revision zu unterziehen. Es handelt sich natürlich um ein Gremium von Expräsidenten und Expolitikern, aber ich glaube doch, dass man auf ihre Stimme hören wird. Es ist eine starke Gruppe und ich hoffe, dass sie zumindest die weltweite Diskussion anstoßen und beflügeln wird. ■



HINTER DEN KULISSEN VON

Die folgenschwere „Monogamie“ zwischen

Los Señores del Narco“ (Die Herren der Droge), ein Bestseller, der derzeit in Mexiko

Furore macht, ist eine schonungslose Aufdeckung der alarmierenden Komplizenschaft der höchsten politischen, militärischen und unternehmerischen Kreise mit dem organisierten Verbrechen. Die Autorin Anabel Hernández hat sich nicht nur zu vielen hochbrisanten, bis heute unveröffentlichten Dokumenten Zugang verschafft, sondern auch zu direkten Zeugnissen von Behörden und Experten sowie Personen, die direkt in die Machenschaften des Drogenhandels involviert sind. Das hat ihr die Möglichkeit gegeben, die Wurzeln dieses blutigen Kampfes zwischen den verschiedenen Verbrecherguppen aufzuzeigen und den so genannten „Drogenkrieg“ der mexikanischen Regierung in Frage zu stellen.

Wie die Journalistin, die durch ihre Bücher über Korruptionsaffären in der Regierung von Präsident Vicente Fox bekannt geworden ist, zu diesem ebenso heiklen wie gefährlichen Thema Zugang gefunden hat, beschreibt sie in einem jüngst veröffentlichten Interview für *Radio Netherland* folgendermaßen:

„Dieses Buch ist das Ergebnis einer langen Recherche, die ich während der letzten fünf Jahre durchgeführt habe. Es war im Jahr 2005, als es mich mit der UNICEF in das goldene Dreieck zwischen Sinaloa, Chihuahua und Durango verschlug, wo die Narcos ihre traurige Berühmtheit erlangt hatten. In dieser Zone gibt es Eltern, die ihren Kindern verboten haben, in die Schule zu gehen, damit sie Marihuana und Mohn ernten können, und sie in diesen entlegenen Orten zu Verbrechern erziehen, in der Hoffnung, dass irgendein Dealer vorbeikommt und ihnen die Drogen abkauft.

Alle berühmten Drogenbosse stammen aus diesem goldenen Dreieck: der Chapo (Guzmán), Mayo, el Azul, Carlos Quintero. Da bin ich draufgekommen, dass die Regierung gar nichts tut, um zu verhindern, dass sich der Drogenhandel ausbreitet. Das war mein Anfang.

Und während ich diese Recherchen machte, lernte ich den Chapo Guzmán ken-

nen, der ein ganz primitiver Mensch ist, der nicht einmal Zusammenzählen kann. Er sagte mir, dass er im Jahr 1993 nur 20.000 Pesos (ca. 1.500 Euro) verdiente, inklusive der Überstunden, um eine Familie mit vier Kindern zu ernähren.

Als ich ihn fragte, wie viel er für seine schwer bewaffnete Leibgarde bezahlte, sagte er mir 8.000 Peso (500 Euro). Da bemerkte ich, dass irgendetwas nicht stimmen konnte. Er hatte sich beim Zusammenzählen geirrt.

Alle diese Leute sind sehr ungebildet – wie der Mayo, der jetzt wegen mehrfachen Mordes im Gefängnis sitzt und der gerade die dritte Klasse Volksschule gemacht hat.

Und da habe ich mich gefragt: Was war es, das diese einfachen Campesinos zu diesen mächtigen Männern gemacht hat, die nicht nur Mexiko, sondern den ganzen lateinamerikanischen Kontinent in Angst und Schrecken versetzen? Genau an diesem Punkt habe ich mit dem Mythos gebrochen, der diese Figuren umgibt, die in den Akten der Staatsanwaltschaft ebenso aufscheinen wie in denen der CIA und der DEA. Dafür gibt es andere, die in diesen Akten nicht aufscheinen: Ex-Präsidenten, Unternehmer und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in den Klatschspalten der großen Tageszeitungen präsent sind und die in einer anderen Form mit dem organisierten Verbrechen der großen Drogenkartelle verbunden sind.

Sie alle bezeichne ich in meinem Buch als die „*Señores del Narco*“, und zwar nicht so im Allgemeinen, sondern mit ihrem Vor- und Zunamen. Deshalb hat das Buch auch so viel Aufsehen erregt: weil ich mit dem Mythos des allmächtigen Einzeltäters aufgeräumt habe und die Netzwerke innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft beim Namen nenne, ohne die diese Drogenbosse nichts geworden wären.“



Klar, denn sonst kann man sich auch nicht den Schutz erklären, den diese Drogenbosse genießen. Das führt mich zu einer anderen Frage: Welche Rolle hat der mexikanische Präsident Felipe Calderón mit seinem Kampf gegen die Narcos gespielt?

MEXIKOS DROGENKRIEG

Felipe Calderón und „Chapo“ Guzmán

Dazu möchte ich sagen, dass es komplett falsch ist, wenn behauptet wird, dass Felipe Calderón mit dem Krieg gegen den Drogenhandel begonnen hat. In Wirklichkeit hat sein Vorgänger Vicente Fox damit begonnen – mit seinen Operationen in Nuevo Laredo und in Acapulco. Daher ist es falsch zu sagen, dass in den letzten zehn Jahren ein Krieg gegen die Drogenbosse stattgefunden hat; wahr ist vielmehr, dass es einen Krieg *zwischen* den Drogenbossen gegeben hat, in dem das Bundeskriminalamt, die Staatsanwälte, die Polizei und die Armee zum bewaffneten Arm eines dieser Kartelle geworden sind, die um die Vorherrschaft in diesem Land kämpfen. Sie haben das mit Hubschraubern und schwer bewaffneten Patrouillen getan, die wir mit unserem Steuergeld bezahlen und dabei die mexikanische Wirtschaft ruinieren.

? Und wie erklären Sie sich diese Gewalt, die in einem Jahrzehnt an die 40.000 Todesopfer gefordert hat?

Ja, es waren 9.000 unter Vicente Fox und über 30.000 mit Calderón. Ich habe mit Beamten der DEA in den USA gesprochen, mit Polizisten, Politikern und Mitgliedern des organisierten Verbrechens. Ich habe das getan, weil ich der Meinung bin, dass wir nicht etwas bekämpfen können, wenn wir es nicht verstehen.

Ich habe zum Beispiel in meinem Buch Briefe veröffentlicht, die die ZETAS an die mexikanische Regierung geschrieben haben. Darin beschwerten sie sich darüber, dass es ungerecht ist, wenn die mexikanische Regierung die Feinde des Chapo Guzmán bekämpft und dabei den Chapo selbst beschützt.

Das ist es gerade, was die Gewalt in Mexiko zum Ausbruch gebracht hat: dass die mexikanische Regierung zur Kriegspartei geworden ist – und das seit 2001, als sich der Chapo dazu entschlossen hat, diese riesige *Federación* zu gründen, in die er viele andere integriert hat: Mayo Zambada, Nacho Coronel, die Brüder Beltrán Leyva, Carvallez Villareal, Vicente Carrillo, José Esparragoza „el Azul“, Nacho Coronel...



Dadurch hat sich der Chapo zu etwas hinreißen lassen, was es nie zuvor in der Geschichte Mexikos gegeben hat: Er beschloss, das Territorium der anderen Kartelle zu besetzen. Denn in Mexiko hat es immer schon den Drogenhandel gegeben und schon immer hat es ein Zusammenleben zwischen den Regierungen und den Drogenhändlern gegeben. Das ist nichts Neues. Aber früher waren die Regierungen sozusagen „polygam“ veranlagt, haben alles erlaubt und alles zugedeckt; sie waren tolerant und haben alle gewähren lassen. Aber unter Vicente Fox und jetzt ist diese Regierung plötzlich „monogam“ geworden und hat beschlossen, sich auf die Seite eines Kartells zu schlagen und in einem ununterbrochenen Krieg auf die Feinde dieses Kartells einzuschlagen.

Dieser Krieg begann in Tijuana, wo das Kartell von Tijuana völlig aufgerieben wurde, so sehr, dass selbst die DEA jetzt mitbekommen hat, dass der Drogenhandel dort vom *Cartel de Sinaloa* ausgeht. Daraufhin entschloss sich der Chapo, das *Cartel del Golfo* anzugreifen, was sie nie zuvor gewagt haben, weil die Regierung dort ihr „*México seguro*“ (Sicheres Mexiko) genanntes Programm durchgezogen hat. Auf diese Weise wurde dem Chapo erlaubt, den Platz zu besetzen.

? Und warum hat sich ausgerechnet die PAN-Regierung, die unter dem Vorzeichen der Moral und der Unkorruptierbarkeit aufgetreten ist, zu diesem Schritt von der „Polygamie“ zur „Monogamie“ hinreißen lassen?

Interview mit
Anabel Hernández

Das ist ganz einfach zu erklären. Als sie den Chapo verhafteten, hat die Regierung in verschiedenen Instanzen 20 Millionen für die Freilassung des Chapo bekommen. Auch das habe ich in meinem Buch nachgewiesen, als ich ein Gespräch eines Generals mit dem Chapo dokumentiert habe, in dem dieser im Jahr 2008 den Chapo fragt, ob es wahr sei, dass er 20 Millionen Dollar an die Regierung bezahlt habe, und dieser ihm zynisch geantwortet hat: „Mein General, die Freiheit hat keinen Preis.“

? Und wo siehst du da eine Lösung des Problems, das soviel Gewalt hervorgerufen hat. Gibt es da überhaupt eine Lösung?

Natürlich gibt es eine Lösung. Erstens müsste die Regierung endlich damit aufhören, gleichzeitig Täter und Richter zu sein und ein Kartell zu beschützen. Sie müsste sich endlich dazu entschließen, wirklich gegen den Drogenhandel vorzugehen. Als Mutter und als Mexikanerin plädiere ich dafür, wirklich gegen diese Verbrecher vorzugehen, anstelle ein Monopol schaffen zu wollen.

Auch was die Geldwäsche betrifft, sind die beteiligten Unternehmer perfekt identifiziert. Sie müssten untersucht werden und ihre Gelder konfisziert. Da gibt es Rollfelder auf dem internationalen Flughafen von Mexiko Stadt, wo jeden Tag das Kokain verladen wird. Ich habe das in meinem Buch mit Dokumenten klar nachgewiesen.

Die Leute sagen immer: „Dagegen kann man nichts machen!“ Natürlich kann man etwas dagegen tun. Es ist völlig klar, wo die Komplizenschaft zu orten ist, wo das Problem liegt. Ja, man kann den Drogenhandel ausmerzen, wenn es eine Entscheidung gibt, die Korruption und die Straflosigkeit zu bekämpfen. ■

Interview: Anita Martínez,
deutsche Fassung: Leo Gabriel

INDIGENE VÖLKER UND DER DROGENHANDEL

Das Territorium, die natürlichen Ressourcen und die physische und kulturelle Integrität der indigenen Völker Lateinamerikas werden systematisch durch die Unternehmen des neoliberalen Kapitalismus belagert – dazu gehört auch der Drogenhandel.

Von Gilberto López y Rivas

Die generelle Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten ist ein Döbel, das durch die Freihandelsverträge mitverursacht wurde: Sie begünstigen die USA und verdammen viele Bauern zu Elend und Auswanderung. Angesichts dessen werden viele Gemeinden von der organisierten Kriminalität bedrängt. Sie werden zum Anbau von Schlafmohn oder Marihuana gezwungen, während indigene Jugendliche für die Drogenkartelle rekrutiert werden.

Indigene im Kreuzfeuer

Parallel dazu wird in ausgedehnten indigenen Gebieten unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Drogenhandels“ eine Militarisierung durchgesetzt, die alle erdenklichen Missbräuche, Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der indigenen Rechte mit sich bringt. Dazu kommt der Krieg zur Aufstandsbekämpfung, welcher zwei weitere Akteure in die indigenen Regionen bringt: Guerillagruppen und Paramilitärs. Kolumbien ist ein illustratives Beispiel für diese Situation, in der sich die Indigenen zwischen drei Fronten befinden: Militärs, Narcoparamilitärs und Guerilleros. Die Ethnie der *Nasa* im Norden des kolumbianischen Departements Cauca sah sich gezwungen, ihrer nur mit farbenfroh verzierten Stöcken bewaffneten indigenen Wache anzuordnen, die Drogenhändler aus ihrem Territorium zu vertreiben. Dort sind auch die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) aktiv, mit denen sie ein Ende der Zwangsrekrutierung junger Indigener verhandelt haben.

In Mexiko agieren Drogenbanden unter anderem in indigenen Zonen der Bundesstaaten Michoacán, Jalisco, Sonora, Guerrero, Durango, Chihuahua, Oaxaca, Chiapas und Veracruz. In den Gefängnissen befinden sich zudem Hunderte von indigenen Gefangenen, die des „Delikts gegen die Gesundheit“ angeklagt sind. Mit der Kriminalisierung der indigenen Völker begünstigt der „Krieg gegen den Drogenhandel“ eine große Bandbreite von Erpressungen und Ungerechtigkeiten, welche

zu den Schikanen durch Militär, Polizei und Justiz hinzukommen, unter denen die Indigenen bereits leiden müssen.

Ausweitung der Drogenkorridore

In Maya-Dörfern im Westen und Osten Guatemalas haben mexikanische Mafias gewaltsam ihre kriminellen Strukturen durchgesetzt, welche den Transport ihrer Ware nach Mexiko und in die USA kontrollieren. In Puerto Lempira, Honduras, bedroht die Narcomafia die Miskito-Indigenen. In Nicaragua sind die Netzwerke des Drogenhandels in die Miskito-Gemeinden der Karibikküste eingedrungen, genau wie in die multiethnischen Städte von Bilwi (Puerto Cabezas) und Bluefields in den autonomen Regionen der Atlantikküste. Vom Grenzgebiet zwischen Panama und Kolumbien, bekannt als *Tapón de Darién*, breitet der Drogenhandel ein territoriales und maritimes Netz über Costa Rica, Nicaragua, Honduras und Guatemala aus, bis hin zu den Zielgebieten in Mexiko und den USA.

So wie sich die kapitalistischen Unternehmen im Bereich Holzschlag, Bergbau, Tourismus, etc. der Ressourcen der indigenen Völker bemächtigen wollen, steht im Zentrum des „Problems des Drogenhandels“ der Versuch, sie um ihr Land zu bringen. Ihr Land ist die materielle Basis ihres Lebens und strategischer Raum ihrer Kämpfe. Die Enteignung ihres Bodens bedeutet auch, ihrer Ressourcen und ihrer Arbeitskraft beraubt zu werden. Die Armee ist Komplize dieser Enteignung: In ihren repressiven und aufstandsbekämpfenden Aktionen bedient sie sich paramilitärischer Gruppen, die als klandestiner Arm des schmutzigen Krieges agieren.

Komplizenschaft des Militärs

Die Militarisierung bringt keine Abnahme der Kriminalität und des Drogenhandels mit sich, wie sich in den ausgedehnten Regionen der mexikanischen Republik zeigt, die quasi militärisch besetzt sind. Auf weltweiter Ebene ist Afghanistan ein illustratives Beispiel dafür: Der Krieg

und die neokoloniale Eroberung des Landes durch die US-Armee und ihre Alliierten haben die Produktion, Verarbeitung und den Verkauf der Drogen mehr als verdoppelt. Deren Gewinne nähren wiederum den Finanzsektor des globalen Kapitalismus. Seit mehreren Jahrzehnten werden die CIA und andere westliche Geheimdienste des Drogenhandels bezichtigt, durch den sie die immensen Kosten ihrer verdeckten Operationen finanzieren sollen. „Die Geheimdienste, die großen Unternehmen, die Drogenhändler und das organisierte Verbrechen konkurrieren um die strategische Kontrolle der Heroinrouten. Ein großer Teil der millionenschweren Gewinne ist auf westlichen Banken angelegt. Die Mehrheit der großen internationalen Banken und ihrer Filialen in den Steuerparadiesen waschen enorme Summen von Drogendollars.“¹ Besonders nützlich ist der so genannte „Krieg gegen den Drogenhandel“ zudem für die Pläne der strategischen Kontrolle der USA über Lateinamerika.

Die organisierte Kriminalität ist nichts anderes als das geheime Antlitz des neoliberalen kapitalistischen Systems. Die ihm innewohnende psychopathische Gewalt wird durch keine soziale oder politische Vermittlung kontrolliert. Das Geschäft ist wirtschaftlich extrem rentabel; zudem sind die USA der wichtigste Verkäufer von Waffen an die Drogenkartelle. Wie die Zeitung *The Independent* informierte, ist seit 2004 „der Drogenhandel die drittgrößte Handelssparte zur Beschaffung von Bargeld, nach Erdöl und dem Waffenhandel“ (29.02.2010).

Die einzige Möglichkeit einer wirksamen Verteidigung gegen dieses Phänomen in der indigenen Welt ist die Stärkung der indigenen Autonomie; dies zeigen die zapatistischen Räte, die Ethnie der *Nasa* in Kolumbien und die Kommunale Polizei in Guerrero. Mit diesen Autonomiebestrebungen ist es gelungen, freilich nicht ohne Probleme, die Präsenz der organisierten Kriminalität in den indigenen Territorien zu kontrollieren. ■

Der Artikel erschien erstmals in *La Jornada* vom 15.10.2010. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors. Übersetzung: Philipp Gerber für den Nachrichtendienst Poonal.

¹ Michel Chossudovsky: „Wer profitiert vom afghanischen Drogenhandel?“, *Den Haag*, 5.10.2006.

OBAMA: US-DROGENPOLITIK AUF AUTOPILOT

Die Vereinigten Staaten sind die tonangebende Macht in der internationalen Drogenkontrolle. Nur Washington verfügt über eine eigene Abteilung für Drogenkontrolle und internationalen Gesetzesvollzug (INL) im Außenministerium, deren Budget um ein Vielfaches über dem des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen liegt. Richard Nixon verwendete den Ausdruck *War on Drugs* erstmals im Wahlkampf. Doch die entscheidenden Weichenstellungen für eine Externalisierung und Militarisierung der Drogenbekämpfung erfolgten unter den Präsidentschaften Ronald Reagans (1981–89). Mit den Anti-Drogen-Gesetzen von 1986 und 1988 wurden obligatorische Sanktionen für sogenannte drogenproduzierende und für Transitländer eingeführt (*certification*), wenn diese in der Drogenkontrolle nicht „voll kooperativ“ waren.

So geht die noch immer gültige bolivianische Drogengesetzgebung von 1988 direkt auf Vorgaben aus dem Kapitol zurück – und Apparate wie die Spezialkräfte für den Kampf gegen den Drogenhandel (FELCN) und einschlägige Sondergerichte wurden auf US-Initiative geschaffen, ausgebildet und ausgerüstet. Die Verhaftung des ehemaligen Chefs dieser FELCN unter dem Vorwurf des Kokainschmuggels ist daher im Grunde für Washington ebenso peinlich wie für La Paz.

Unter George Bush Sen. wurde das Budget für Anti-Drogen-Operationen beim *US Southern Command* von 230 auf 430 Millionen USD ausgeweitet, womit es höher lag als die gesamte reguläre Anti-Drogen-Hilfe, die im Rahmen der Andeninitiative über das INL des State Departments vergeben wurde.

Unter Präsident Clinton erfolgte innenpolitisch eine stärkere Akzentuierung auf Prävention und Therapie. Hoffnungen auf einen Kurswechsel in der internationalen Drogenpolitik erfüllten sich nicht. Vielmehr wurde der umstrittene *Plan Colombia* mit seiner Verquickung von Drogen- und Aufstandsbekämpfung und seiner Ausweitung der Militärhilfe bereits unter Clinton/Pastrana initiiert. Auch die Zwangseradikationen des *Plan por la Dignidad* unter Ex-Diktator Hugo Banzer in Bolivien fielen in Präsident Clintons Amtszeit.

Die Obama-Administration verwendet den Ausdruck *War on Drugs* nicht mehr

Zwar verwendet die Regierung Obama den Ausdruck *War on Drugs* nicht mehr und legt einen stärkeren Akzent auf Prävention und Therapie, doch ansonsten führt sie die Drogenpolitik ihrer Vorgängerinnen praktisch unverändert weiter.

Von Robert Lessmann

und legt einen stärkeren Akzent auf Prävention und Therapie. Früher war die auswärtige US-Anti-Drogen-Politik fast ausschließlich auf Lateinamerika bezogen, mit Budgets, die zehnmal so hoch waren als jene für den Rest der Welt. Mit der Ausnahme Afghanistan stimmt das noch immer. Afrika erhält 21,6 Millionen USD, Asien 10,2, Europa 0,2, der Nahe Osten 5,3 Millionen aus dem INL-Budget: Süd- und Zentralasien 294,6 Millionen, davon Afghanistan 272,5. (INCSR 2010, INL-Budget S. 32–34). Die Andenländer insgesamt erhielten im Finanzjahr 2008 320,3 Millionen USD, davon Kolumbien 24,6. Damit sind heute die beiden mit Abstand wichtigsten Empfängerländer von US Anti-Drogen-Hilfe Frontstaaten im „Krieg gegen den Terror“; das wurde unter Clinton und Bush so eingerichtet und änderte sich auch unter Obama nicht.

Präsident Obama musste außenpolitische Großbaustellen übernehmen. Er ließ sich mit der Ernennung eines „Drogenzaren“ im Weißen Haus (Gil Kerlikowske, 7. Mai 2009) Zeit und arbeitete lange mit dem INL-Chef der Bush-Administration, David Johnson, weiter. Zum Beispiel überließ man die Verhandlungen mit Kolumbien über die umstrittene Nutzung von sieben Militärbasen, die bereits in der ersten Jahreshälfte 2008 unter George W. Bush begonnen hatten, weitgehend ohne neue Akzentsetzungen den Militärs.

Die umstrittene Politik der drogenpolitischen Zertifizierung wird von der Obama-Administration geradezu abziehbildhaft weitergeführt. So wurde Bolivien das obligatorische Zeugnis für drogenpolitisches Wohlverhalten weiterhin mit praktisch identischer Begründung verweigert. Nahezu albern erscheint die Begründung wegen eines Rückgangs der Beschlagnahmungen zwischen 2008 und 2009, erfolgte doch die erstmalige *decertification* – noch unter George W. Bush – nach einer Steigerung der Beschlagnahmungen um ein Drittel, aber sechs Tage nach der Ausweisung des US-Botschafters. Ein erheblich deutlicher Rückgang der Beschlagnahmungen in Peru und Kolumbien im gleichen Zeitraum

gab dagegen nicht zu vergleichbaren Sorgen Anlass. Und die Kritik, die bolivianischen Behörden seien nach der Ausweitung der DEA mit den Herausforderungen überfordert, sollte eigentlich den US-Rechnungshof (GAO) und den Kongress interessieren, wurden diese doch fast drei Jahrzehnte lang von den USA ausgebildet und ausgerüstet. Das INL stellt sich damit implizit ein verheerendes Zeugnis für die Nachhaltigkeit seiner Programme aus.

Beschlagnahmungen von Kokain und Kokain(vor)produkten in Bolivien in t

2009	26,8
2008	28,8
2007	17,8
2006	14,0
2005	11,5
2004	8,7
2003	12,9

Quelle: US State Department: International Narcotics Control Strategy Report 2010, 154f.

Zusammen mit Bolivien stehen Venezuela und Myanmar am drogenpolitischen Pranger; weiterhin auch im kurz vor Redaktionsschluss erschienenen Bericht 2011. Nicht auf dem Index stehen dagegen Mexiko und Kolumbien sowie Afghanistan. Venezuela, das in den letzten Jahren zunehmend zum Transitland für Kokain aus Kolumbien auf dem Weg (z. T. über Westafrika) nach Europa wurde, beschlagnahmte im Jahr 2009 übrigens 60,2 Tonnen – gänzlich ohne Hilfe der DEA.

Ein kleiner Nachsatz sei erlaubt: Marihuana und amphetaminartige Substanzen, deren Konsum weit über dem von Kokain und Heroin zusammengenommen liegt, spielen für die internationale Drogenkontrolle praktisch gar keine Rolle. Sie werden überwiegend lokal hergestellt. Mit ihrer Bekämpfung lassen sich keine geopolitischen Spielchen rechtfertigen.

Grundlage dieses Beitrags ist ein Essay des Autors: „Flying Dutchman. Die internationale Drogenpolitik der Obama-Administration“ in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik – ZFAS, Heft 3, Jgg. 3, VS-Verlag, Wiesbaden, 2010.

AUF DEM WEG ZUM ILLEGALEN SIEG

Die Bewerber für die Präsidentschaftswahlen am 6. November und ihre Stellvertreter stehen nunmehr fest, ebenso die Parteienbündnisse. Der nächste Präsident Nicaraguas wird aller Voraussicht nach wieder Daniel Ortega heißen.

Von Werner Hörtnner

Der außerordentliche FSLN-Kongress Ende Februar hat das erwartete Ergebnis gebracht: Die 1119 TeilnehmerInnen stimmten per Akklamation für Daniel Ortega als ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen. In der dritten Märzwoche gab Ortega bekannt, dass er den ehemaligen Armeechef General Omar Halesleven als seinen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft aufstellen wird.

Opposition und Rechts- experten: „Verfassungsbruch“

Wie erwartet, haben oppositionelle Sektoren der Gesellschaft diese Kandidatur als verfassungswidrig kritisiert. Besonders stark meldete sich diesmal die katholische Kirche zu Wort, deren Wohlwollen sich Ortega und Gattin mit ihrer ostentativ zur Schau getragenen „tiefen“ Gläubigkeit und mit Gesetzen wie dem totalen Abtreibungsverbot teuer erkauft hatten. Von einer „illegalen und verfassungswidrigen Kandidatur“ sprach Weihbischof Silvio Baez und maßregelte das Präsidentenpaar bei einer Sonntagspredigt, ohne es namentlich zu nennen: „Weder eine manipulierte, ideologisierte Religion, in der man den Namen Gottes vergebens verkündet, noch ein Kult, in dem man singt und Gott anbetet, man aber nicht auf das Leben eingeht, werden in das Himmelsreich gelangen“.

Die Revolutionskommandantin Dora María Téllez ist der Meinung, dass Präsident Ortega für die Wahlen vom November einen Betrug vorbereite. Der erste große Schritt dafür sei seine Kandidatur an sich, so die dissidente Sandinistin, da die direkte Wiederwahl vom Artikel 147 der Verfassung verboten werde. Auch der Verfassungsexperte Cairo Manuel López sieht in der neuerlichen Kandidatur einen Verfassungsbruch. Ortega hatte 2009 in einer Blitzaktion des Obersten Gerichtshofes das Verbot der Wiederwahl zwar abgeändert, doch werden sowohl die Zusammensetzung als auch die Vorgangsweise des Rest-Tribunals als illegitim betrachtet. López: „Dieser Schiedspruch ermöglicht Ortega

die Kandidatur, doch ist sie nicht nur illegal, sondern auch verfassungswidrig und illegitim. Er stellt den Obersten Gerichtshof selbst in Frage.“

Weiterhin uneinige Opposition

Parteilich nicht gebundene einstige Führungspersonlichkeiten der FSLN wie Henry Ruiz, Monica Baltodano, Víctor Hugo Tinoco und Dora María Téllez beklagten in einem Statement den Versuch, „uns das Prinzip des Verbots der Wiederwahl vergessen zu lassen, diese Errungenschaft, für die die Menschen in Nicaragua so viele Opfer gebracht und Blut vergossen haben“.

Eine kleine Gruppe von ehemaligen Armeemoffizieren und Kämpfern gegen die Somoza-Diktatur veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem sie die FSLN ersuchen, die verfassungsmäßige Ordnung einzuhalten. „Es ist offensichtlich, dass wir uns in einer Krise der Institutionen und der Legitimität befinden, die die Nation teilt und den Frieden gefährdet“, heißt es in dem Dokument. Die Ex-Offiziere kritisieren „die perverse Weise, wie Präsident Ortega die Jugend manipuliert“. „Wir dürfen keine neue Diktatur erlauben“, so die ehemaligen Waffengefährten von Daniel Ortega.

Trotz mehr oder minder unverhüllten Drucks seitens der USA gelang es Wa-

shingtons Botschafter Robert Callahan nicht, die rechte Opposition auf einen Einheitskandidaten festzulegen. Arnaldo Alemán hatte bis zum Schluss darauf bestanden, dieser Kandidat zu sein, doch wurde er schließlich nur von seiner PLC und der Konservativen Partei aufgestellt. Die PLI stellte den Radio-Unternehmer Fabio Gadea auf, dessen Sohn mit einer Tochter des korrupten Expräsidenten verheiratet ist. Er wird von Eduardo Montealegre und seiner Bewegung sowie von der Sandinistischen Erneuerungsbewegung unterstützt.

Der lange Arm des alten Paktes

Nach jüngsten Umfragen würden zur Zeit 36 % der Stimmen auf Ortega entfallen, 23 auf Alemán und 17 auf Gadea. (Bei



Frau mit Lebensmittelstand in Granada: im Abseits der Politik?

den letzten Wahlen 2006 gewann Ortega mit 38 %, an zweiter Stelle lag Montealegre.) Das würde dafür ausreichen, dass der derzeitige Präsident schon im ersten Wahl-

BILANZ EINER BELANGLOSEN REISE

gang gewinnt. Gemäß dem berüchtigten Pakt, den der damalige Staatschef Alemán mit Oppositionsführer Ortega ausgearbeitet hat, reichen mehr als 35 % der abgegebenen Stimmen und fünf Prozentpunkte Vorsprung auf den Nächstplatzierten, um eine Stichwahl zu vermeiden. Und nicht nur das. Da nach dem Wahlgesetz der Zweitplatzierte automatisch einen Abgeordnetensitz erhält, würden mit diesem Ergebnis beide Politiker, Ortega und Alemán, unter die parlamentarische Immunität fallen.

Nicht unter die Immunität fällt der Präsident des Obersten Wahlgerichts (CSE), Roberto Rivas. Er wird beschuldigt, in den Jahren von 2004 bis 2008 vom Budget des CSE 18,5 Millionen US\$ abgezweigt zu haben. In Costa Rica, wohin sich der schwergewichtige Richter gerne zurückzieht, lebt er in einer teuren Villa und fährt einen BMW. Der staatlich dominierte Rechnungshof habe diese Unregelmäßigkeiten wohl entdeckt, doch von einer Strafverfolgung Abstand genommen, heißt es.

Wirtschaftliche Stabilität

Immer häufiger wird Nicaragua für seinen makro-ökonomischen Konsolidisierungskurs gelobt. Die Währungsreserven lagen Mitte 2010 um 70 % höher als zu Beginn der Ortega-Regierung, das IWF-Abkommen wurde bis Ende 2011 verlängert, das Wirtschaftswachstum lag im vergangenen Jahr um 4% höher als prognostiziert. Die Exporte erzielten gar ein Plus von 30%. Die Goldproduktion ist 2010 gegenüber dem Vorjahr sogar um 88% auf 222 Mio. US\$ gestiegen! Das meiste Gold wird nach Kanada und in die USA ausgeführt, doch auch China steigert die Nachfrage. Für heuer dürften zehn weitere Bergbaugesellschaften um Konzessionen ansuchen.

Die wirtschaftliche Erholung des Landes ist auch das Argument der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, sich binnen zwei Jahren aus Nicaragua großteils zurückzuziehen. Nicaragua war bis jetzt das einzige Schwerpunktland der ÖEZA in Lateinamerika. Das Koordinationsbüro in Nicaragua soll bereits im kommenden Jahr geschlossen werden.

Das Budget für 2011 wurde im Dezember vom Parlament bestätigt. Die Ausgaben für Sektoren wie Gesundheit und Bildung weisen allerdings nur geringfügige Erhöhungen und inflationsbereinigt de facto sogar Reduzierungen auf. ■

Nach Jacob und Wilhelm Grimm, die bekanntermaßen nicht nur Märchen schrieben, steckt in der „Reise“ etymologisch die Grundbedeutung des altfranzösischen „raise“, eine Aufwärtsbewegung, eine Erhebung, ein Aufbruch. Nun, Barack Obamas erste Lateinamerika-Tour Mitte März hatte von alldem wenig an sich, und dies obwohl sich ihm in absehbarer Zeit wohl keine trefflichere Gelegenheit bieten wird.

Von Birgit Zehetmayer

Obamas „*Si! Podemos!*“, „*Yes, we can!*“ schlug sich trotz aller Widerstände in unbezweifelbaren sozial-ökonomischen Fortschritten nieder. Lateinamerika hegte berechnete Hoffnung, dass nun die längst überfällige Begegnung auf Augenhöhe mit dem „geliebten Feind“ im Norden in erreichbare Nähe rücken könnte – jene Augenhöhe, die Obama den Ländern im Süden des Kontinents in Aussicht gestellt hatte. Nachdem er während der ersten Hälfte seiner Amtszeit kaum dazu kam Atem zu schöpfen, geschweige denn gen Süden zu blicken, hätte diese Reise eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten, den Horizont einer „neuen Partnerschaft“ zu entwerfen, ansatzweise eine Geste der Einsicht in die so unrühmliche, so verwerfliche Vergangenheit mitunter gröblichster Fehleinschätzungen mit fatalsten Folgen zu setzen – sollte man meinen. Doch nichts dergleichen geschah.

Natürlich hätte man Fukushima oder den „Fall“ Libyen in die abwägende Prioritätenschaale werfen können, doch Obama wollte trotz all dieser Ereignisse unbedingt die Reise antreten. Auch die *Washington Post* begrüßte diesen Entschluss des Präsidenten, da in Lateinamerika so viel für die Verbesserung der konfliktreichen Partnerschaft zu tun wäre, und selbst sie kommt zum ernüchternden Schluss, dass die Mission gescheitert sei, ja eigentlich gar nicht stattgefunden habe.

Missklang in Brasilien

Luiz Inácio Lula da Silva, *o Filho do Brasil*, vor kurzem noch populärster Staatspräsident der Welt, dessen Brasilien Obama zuvor als „Modell der Zukunft für die Schwellen- und Entwicklungsländer dieser Welt“ gepriesen hatte, setzte sein Zeichen, nachdem Obama ausgerechnet von Brasilien aus den Marschbefehl der US-Truppen nach Libyen gegeben hatte: Ihm war der Appetit für das gemeinsame Abendessen gründlich vergangen. Brasilien, dessen Forderung nach Aufnahme als

permanentes Mitglied in den Sicherheitsrat der UNO von den USA nicht unterstützt wurde, stimmte der UN-Petition zur militärischen Schließung des libyschen Lauftraums nicht zu. Worüber nun also mit Obama reden? Der ehemalige Spitzenpolitiker Mexikos und Universitätsprofessor Jorge Castañeda diagnostiziert Brasilien hier wiederholte diplomatische Schizophrenie im Umgang mit den USA, habe doch auch Dilma Rousseff nur periphere Themen für Obama im Portfolio geführt. Man parlierte also unverfänglich über Tourismus, Migration, Drogenhandel, Grenzschutz, nationale Sicherheit und Dergleichen.

Während der gesamten Reise fiel Obama kein erwähnenswertes Wort zu den brennenden Themen Lateinamerikas, des potenziellen „Kolosses im Süden“, ein, nichts zu Armutsbekämpfung, Schutz-zollabbau für landwirtschaftliche Produkte und erst recht keine, wenn auch nur vage, unverbindliche Andeutung zur mehr als überfälligen Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen ein Kuba, das bei allen Hollywood-Fantasien nun wirklich keinerlei Bedrohung für den Weltfrieden darstellt. Es bleibt also nur die ganzheitliche Betrachtung, mit dem Schluss, dass auch Obama daran gelegen ist, dass dieser Subkontinent nur ja nicht seine Kräfte bündelt und zur Einheit wird. Stattdessen schlug er eine „Allianz“ der Amerikas vor, ganz so, als hätten die USA das definitive Scheitern des Freihandelsabkommens ALCA nie zur Kenntnis genommen.

Lateinamerika ändert sich und viele Länder suchen sich in gründlicher und berechtigter Desillusionierung ihren eigenständigen Platz – abgekoppelt vom „großen Bruder im Norden“. Chile und Brasilien sind maßgebliche Protagonisten der gegenwärtigen Erfolgsgeschichte Lateinamerikas in ökonomischer Hinsicht, ebenso in der Vereinigung südamerikanischer Nationen UNASUR, deren Mitglieder explizit weder mit den USA noch

weiter Seite 14 ⇨

⇒ von Seite 13: OBAMAS BELANGLOSE REISE

deren „Freunden“ Mexiko und Kanada eine bevorzugte Kooperation via Freihandelsabkommen eingehen werden. Wichtigste Wirtschaftsgrundlage bilden hier immer noch unbehandelte Rohstoffe, doch werden die Erlöse der Transaktionen mit China und Indien nun gerechter aufgeteilt, in gemeinsame Infrastruktur- bzw. Sozialprojekte investiert. Die wichtigsten Mitgliedsländer der UNASUR werden heute von links-liberalen Kräften regiert, die sich der Übernahme sozialer Verantwortung verschrieben haben. Heute braucht man den Segen der USA nicht mehr und gibt dies auch unmissverständlich zu verstehen. Was aber wird morgen sein, wenn der Aufschwung Chinas und Indiens den zweifellos kommenden Zenit des stetigen Wirtschaftswachstums überschreiten wird?

Lärm um nichts in Chile

So stand Obama schließlich im *Palacio de la Moneda*, Santiago de Chile, wo eine leidenschaftliche Rede wohl auf fruchtbaren Boden gefallen wäre, wo er die maßgebliche Mitverantwortung der USA für die finstersten Jahre Chiles, die gerade hier ihren Ausgang genommen hatten, doch wenigstens hätte andeuten können. Stattdessen wurden leere Wort-

hülsen aufgetürmt, eingebettet in etwas guten Willen, zugegebenermaßen. José Piñera, ehemaliger Minister für Arbeit und Minenwesen, Vorsitzender der sozialistischen Partei Chiles und Bruder des gegenwärtigen Präsidenten Sebastián Piñera – der sich beeilte, seine große Zufriedenheit mit Obamas Darbietung zu verkünden – bringt es auf den Punkt: Die Amerikaner wären Show-Spezialisten und für die konkrete Show des Chile-Aufenthalts schlug er den Namen „Viel Lärm um nichts!“ vor.

Auch zu der vom Schriftsteller Ariel Dorfman angeregten Geste eines Besuchs am Grab Allendes konnte sich Obama nicht durchringen; sie hätte, so der Autor, mehr über die „Möglichkeit einer neuen Ära der Beziehungen zwischen den USA

und ihren Nachbarn im Süden des Río Bravo“ gesagt „als 50 Reden“.

Und schließlich El Salvador! Die Protestmärsche in der Hauptstadt wurden wie zuvor in Chile großräumig an Obama vorbeidirigiert. In der routinemäßigen Pressekonferenz mit einem willig begeisterungsfähigen Mauricio Funes gab er immerhin die einzige Zusage seiner Reise: 200 Millionen US-Dollar für die Verbrechensbekämpfung in Zentralamerika, die hier vordergründig stets Bekämpfung des Drogenhandels meint. Wenn man sich in Erinnerung ruft, wie viele zapatistische Rebellengemeinden neuerdings eifertig unter Drogenhandel-Generalverdacht stehen, damit das mexikanische Militär einen Vorwand hat, die belagerte Grenze abzuriegeln, kann man erstaunt sein ob der Ignoranz oder gar auch Dreistigkeit des US-Präsidenten, der den Slogan „Yes, we can!“ hier mit einem höchst befremdlichen Beigeschmack würzt.



Obama am Schrein von Bischof Romero

Foto: Saul Loeb

Doch immerhin! Alle Quellen stimmen dahingehend überein, dass es Obamas persönlicher und dringlicher Wunsch war, die Kathedrale von San Salvador zu besuchen, wo die Überreste des Mons. Oscar Arnulfo Romero zur letzten Ruhe gebettet sind. Nein, auch hier kein „mea culpa!“, keine Wahrnehmung der unsäglichen Mitverantwortung der USA an diesem so sinnlosen Mord. Dompfarrer und Gastgeber Juan Vicente Chopin hatte viel eher den Eindruck, als wolle Obama das „Zeugnis“ des Mons. Romero demonstrativ aufnehmen, um sich so höchstpersönlich als Verteidiger der Menschenrechte zu legitimieren. Derart gestärkt, richtete er seine erste diesbezügliche Aufforderung gewohnheitsmäßig an Kuba – eine wahrlich belanglose Reise! ■

JIMMY CARTERS „PRIVATBESUCH“ IN HAVANNA

Um Haaresbreite haben sich die Reisepläne Barack Obamas und Jimmy Carters in den Süden des Kontinents nicht überschritten. Es stellt sich die Frage, ob man diese beiden Ereignisse von einander entkoppelt betrachten kann, als hätte das Eine mit dem Anderen nichts zu tun. Natürlich! Zumindest qualifizierte Jimmy Carter seine dreitägige Reise Ende März sogleich als „Privatangelegenheit“, wengleich diese auf hochoffizielle Einladung Raúl Castros und erst nach einem Briefing mit Hillary Clinton erfolgt war. Nach seiner Rückkehr erhielt der US-Präsident jedenfalls auch Carters Bericht hinsichtlich des Reformfortschritts in Kuba und anderer „vertraulicher Angelegenheiten“.

Es war also wohl doch nicht zum reinen Privatvergnügen, dass Carter mit den von ihm wörtlich als „langjährige Freunde“ bezeichneten Brüdern Castro zusammentraf, ebenso mit VertreterInnen der Opposition und RepräsentantInnen jener Gruppe von 75 Personen, die nach ihrer Arretierung im Frühling 2003 erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurden. Für jede/n einzelne/n seiner GesprächspartnerInnen scheint er die passenden, ermutigenden Worte parat gehabt zu haben, denn jede/r beteuerte durchwegs Zufriedenheit mit den jeweiligen Gesprächen und darin gesetzten Gesten. Carter traf auch den seit kurzem wegen Spionage zu 15 Jahren Haft verurteilten US-Bürger Alan Gross, wobei er seine Überzeugung von der Unschuld des Inhaftierten betonte. In vielerlei Medien stand dieses Urteil unter Revanchismusverdacht mit Blick auf die 1998 in einem mehr als zweifelhaften Gerichtsverfahren – ausgerechnet in Miami! – ebenso wegen Spionage verurteilten fünf kubanischen Staatsbürger. Der Friedensnobelpreisträger betonte abschließend seine große Hoffnung, US-Präsident Barack Obama möge als versöhnliche Geste diese fünf Männer begnadigen.

Carter erneuerte glaubhaft engagiert seine Forderung nach Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade Kubas sowie nach sofortiger Annullierung des völkerrechtswidrigen Helms-Burton-Gesetzes, erlassen 1996 unter seinem Amtskollegen Bill Clinton.

Birgit Zehetmayer

LATEINAMERIKA UND DER ARABISCHE AUFSTAND

Bei den Revolutionen in Tunesien und Ägypten hatten Lateinamerikas politische und intellektuelle Führungspersönlichkeiten noch kaum Kommentare parat, doch im Fall von Libyen explodierten die Wortmeldungen von jenseits des Atlantiks.

Von Werner Hörner

Federführend mit den Stellungnahmen zum Aufstand gegen Muammar Gaddafi waren die Länder Kuba, Nicaragua und Venezuela. Hatten die lateinamerikanischen Staaten die Umstürze in Tunesien und Ägypten noch mit Wohlwollen oder zumindest mit Schweigen quittiert, so preschten in der dritten Februarwoche die ALBA-Staaten mit einer Verurteilung der westlichen Politik gegenüber Libyen vor. Allen voran Fidel Castro, der – kaum war der Aufstand in Libyen ausgebrochen – in seinen „Reflexiones“, seinen Anmerkungen zur weltpolitischen

ter lud Ortega seinen libyschen Amtskollegen zum Asyl in Nicaragua ein – ein Angebot, das in Tripolis nicht gerade erfreut aufgenommen wurde.

Zwei einsame Rekordhalter

Castro und Gaddafi verbindet nicht nur der gemeinsame Rekord, die am längsten herrschenden Revolutionsführer der Welt zu sein, sie verbindet auch ein gemeinsamer Feind, die Vereinigten Staaten, und eine gemeinsame revolutionäre Vergangenheit. Und hier, in dieser Vergangenheit, liegt auch das Motiv für die Parteinahme

einiger linker Führer Lateinamerikas für Gaddafi. Hier liegt auch der Grund für ihre Fehleinschätzung. Sie sehen nicht oder wollen nicht sehen, dass der antiimperialistische Diskurs Gaddafis und seine basisdemokratische Revolution längst der Vergangenheit angehören.

Als der damalige Oberst Gaddafi 1969 mit knapp 27

Jahren in einem Staatsstreich die vom englischen Empire eingesetzte Monarchie seines Landes stürzte, setzte der neue Machthaber eine Agrarreform durch, verstaatlichte das Erdöl und über 200 ausländische Unternehmen und legte die Grundlagen für eine basisdemokratische Volksherrschaft. Sein „Grünes Buch“ wurde zur Bibel eines „dritten“ antiimperialistischen Weges in den Trikont-Ländern.

Diese Hoffungsfigur aus dem Norden Afrikas geistert offenbar auch noch heute in den Köpfen der Linken – oder zumindest einiger Sektoren – in Lateinamerika und auch in Europa herum. Vergessen oder verdrängt wird die Tatsache, dass sich Gaddafi Ende der 1990er Jahre mit seinen

einstigen Feinden aus dem Westen arrangierte und auch wirtschaftspolitisch auf einen neoliberalen Kurs umschwenkte. Die Verstaatlichungen von einst wurden „privatisiert“, d.h. in den Einfluss der eigenen Clique übergeführt oder an ausländische Unternehmen verkauft. Gaddafi, der sich mittlerweile zum Wortführer der afrikanischen Einheit aufgeschwungen hatte, errichtete in seinem Land Konzentrationslager für die afrikanischen Flüchtlinge, die über Libyen ins europäische Eldorado gelangen wollten. Er ließ regelrechte Hetzjagen auf sie durchführen und schickte sie auf Lastwagen in die Wüste zurück, dem sicheren Tod entgegen. Gaddafi baute beste Beziehungen zu den USA und den wichtigen europäischen Wirtschaftsmächten einschließlich Israel auf. Und innenpolitisch hatte sich die „Herrschaft des Volkes“ in ein korruptes, repressives, den Interessen des eigenen Clans ausgeliefertes Regime gewandelt.

Dein Feind ist mein Feind

Doch neben diesem Motiv einer politischen Kurzsichtigkeit oder eines kurzen historischen Gedächtnisses gibt es noch einen ehrenwerteren Grund für die Anhänglichkeit einiger lateinamerikanischer Führer an den libyschen Revolutionsführer. Dieser hatte nämlich linken lateinamerikanischen Bewegungen und Regierungen jahrelang tatkräftig geholfen, sowohl in finanzieller als auch in politischer Hinsicht. So hat er zum Beispiel die sandinistische Revolution in den 1980er Jahren großzügig unterstützt und diese Unterstützung nach der Abwahl der FSLN-Regierung fortgesetzt. Noch kurz vor dem Beginn des Aufstands hat Gaddafi Nicaragua die Hälfte seiner Schulden – in einer Höhe von knapp 200 Mio US\$ – erlassen. Also eine Reaktion der Dankbarkeit gegenüber einem Schutzpatron. Oder vielleicht war das Verhältnis doch nicht so selbstlos. Zeitungsberichten zufolge hat Daniel Ortega kurz vor seiner Solidaritätserklärung für Gaddafi längere Zeit mit dem Libyer telefoniert.

Als weiteren Anlass für die Unterstützung aus Lateinamerika könnte man auch die Auswirkungen jenes „Dein Feind ist mein Feind“-Schemas sehen. So ist Irans Regierungschef Ahmadinejad, der sich auch als einen Revolutionsführer betrach-



Lage, den Vereinigten Staaten und der NATO eine unmittelbar bevorstehende Invasion Libyens vorwarf: „... Vielleicht ist die Invasion nur mehr eine Frage von Stunden oder von wenigen Tagen“, schrieb der kubanische Revolutionsführer.

Hugo Chávez zeigte sich daraufhin beunruhigt über die Lage im „Bruderland Libyen“ und Daniel Ortega bot dem in Bedrängnis geratenen Machthaber „die solidarische Unterstützung des nicaraguanschen Volkes“ an, eine Position, die er dann am FSLN-Parteitag Ende Februar, auf dem er erwartungsgemäß per Akklamation zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im November gewählt wurde, noch einmal bekräftigte. Etwas spä-

⇒ von Seite 15: LATEINAMERIKA UND DER ARABISCHE AUFSTAND

tet und der für die brutale Repression gegenüber der Protestbewegung in seinem Land verantwortlich zeichnet, ein „guter Freund“ von Venezuela und Nicaragua. Dass sich der einzige gemeinsame Feind, die USA und einige europäische Regierungen, längst in Freunde Gaddafis verwandelt hatten, mit denen – viceversa – beste Geschäfte gemacht wurden, wurde nicht wahrgenommen. Dass sich dieselben Staaten dann so schnell auf „die Seite des Volkes“ stellten und ihren guten Geschäftsfreund als „Diktator“ ächteten, ist nicht gerade ein Beweis für die Aufrichtigkeit ihrer politischen Moral ...



Daniel Ortega mit seinem „guten Freund“ Ahmadinejad

Sowohl als auch ...

Zwei europäische Linksintellektuelle, der spanische Philosoph Santiago Alba Rico und die tunesisch-spanische Publizistin Alma Allende, warnten kürzlich die lateinamerikanische Linke und im besonderen Kuba und Venezuela vor einer falschen Positionierung hinsichtlich der Ereignisse in der arabischen Welt. „Das kann zu drei schrecklichen Auswirkungen führen“, so die beiden: „die Bande mit den arabischen Volksbewegungen zerreißen, den Anschuldigungen gegen Venezuela und Kuba Legitimität verleihen und dem bereits schwer geschädigten imperialistischen Diskurs zu neuem Prestige verhelfen.“

Und der renommierte argentinische Politikwissenschaftler Atilio Borón (im Hamburger VSA-Verlag erschien kürzlich sein Buch „*Den Sozialismus neu denken*“) schlägt der lateinamerikanischen Linken vor, ohne Zaudern die brutale Repression Gaddafis gegenüber seinem eigenen Volk zu verurteilen und warnt, aus einem falschen Verständnis von Realpolitik her-

aus den libyschen Machthaber zu unterstützen. Er fordert aber auch eine genau so klare Anklage und Verurteilung der interventionistischen Pläne des nordamerikanischen Imperialismus und seiner europäischen Lakaien. „Was heute in Nordafrika und im Nahen Osten auf dem Spiel steht, ist kein lokales Problem, sondern eine entscheidende Schlacht gegen die imperialistische Dominanz auf globaler Ebene“. Der Sieg des Volksaufstandes in Libyen werde auch zur Stärkung der Aufstände in Yemen, Marokko, Jordanien, Algerien, Bahrain und Saudi-Arabien führen, so der argentinische Politologe.

Obama und seine Lateinamerikareise

Am 19. März traf Barack Obama in Brasilien ein, der ersten Station seiner fünftägigen Lateinamerikareise. Und mehr oder weniger zufällig war es gerade dort, wo der US-Präsident den Beginn des Militäreinsatzes für die Durchsetzung einer Flugverbotszone über Libyen bekannt gab. Eine Pressekonferenz mit Präsidentin Dilma Rousseff wurde daraufhin – offenbar auf Wunsch Brasiliens – abgesagt.

Die neue brasilianische Staatschefin forderte von den USA die Aufhebung von Handelsbarrieren: „Wir suchen gerechtere und ausgeglichene Wirtschaftsbeziehungen.“ Auf Brasiliens Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat ging Obama jedoch nicht näher ein, sondern sprach sich nur für Reformen des Weltsicherheitsrates aus: „Wir arbeiten zusammen mit Brasilien weiter daran, dem Sicherheitsrat bei seiner Mission, aus der Welt einen sichereren Ort zu machen, mehr Wirksamkeit zu verleihen.“

Einen Tag nach der Abreise des US-Präsidenten veröffentlichte das brasilianische Außenamt ein Kommuniqué, in dem es einen Waffenstillstand in Libyen fordert, um den Weg für eine Verhandlungslösung zu ebnet. In dem Dokument drückt Brasilien auch seine „Solidarität mit dem libyschen Volk bei der Suche nach einer besseren Beteiligung an der Definierung der zukünftigen Politik des Landes“ aus.

Nach der Ankunft bei der nächsten Station seiner Reise, in Santiago de Chile, bekräftigte Obama seine Position, dass sich die USA aus der Kommandozone für die Luftangriffe zurückziehen und diese in den nächsten Tagen von der NATO übernommen werde. ■

HAITIS NEUER TRÄGER

Der populäre Sänger Michel Martelly wird nächster Präsident von Haiti. Das gab der Wahlrat fast zwei Wochen vor dem 16. April, dem offiziellen Termin für das Wahlergebnis, bekannt.

Martelly lag mit zwei Drittel der in der Stichwahl vom 20. März abgegebenen Stimmen uneinholbar vor seiner Rivalin Mirlande Manigat, mit absoluter Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments. Einem Einspruch der Verliererin wegen Unregelmäßigkeiten wurde nicht stattgegeben. Martelly war erst nach einer Neuauszählung auf Druck der Straße und der OAS in die Stichwahl gekommen. Eine erste Auszählung des ersten Wahlgangs hatte den offiziellen Kandidaten Jude Célestin als Zweiten ergeben. Martellys Anhänger, die Manipulationen rochen, inszenierten darauf Krawalle.

Haiti hat in den 207 Jahren seiner Unabhängigkeit eine Abfolge von korrupten, brutalen oder unfähigen Präsidenten erlebt – allzu oft eine Kombination davon. Frankreich hinterließ seine einst reichste Kolonie als Ruine und sorgte auch später noch für den Raubbau der Wälder. Das gigantische Beben vom Jänner 2010 legte nur offen, was die kleine Karibikrepublik längst war: ein kaputtes Land. Mehr denn je ist es auf ausländische Hilfe angewiesen: nicht, um wieder auf die Beine zu kommen, sondern um zu überleben.

In der haitianischen Bevölkerung hat der Assistenzialismus längst Platz gegriffen. Aus der Erkenntnis, dass sich Eigeninitiative kaum lohnt, wartet man auf Almosen von außen. Und wer weniger Skrupel hat, schließt sich zu Banden zusammen und nimmt sich einfach, was er will. Oft werden diese kriminellen Banden dann noch politisch vereinnahmt und manipuliert.

Martelly wurde im Februar 1961 in Port-au-Prince geboren und hat keinen akademischen Abschluss. Zu Ruhm und Geld kam er als „Sweet Mickey“ bekannte Sänger haitianischer Tanzmusik, des *Kompa*, in Miami. Populär im Heimatland wurde er auch durch seine wohl-tätige Stiftung *Rose et Blanc*. Während einer Hungersnot brachte er einen Container Reis nach Haiti. Er ist zwar kein Po-



HOFFNUNGS-

BOLIVARISCHER FRÜHLING ODER RUHE VOR DEM STURM?



litiker, aber politisch kein unbeschriebenes Blatt. Während der Militärdiktatur 1991 bis 1994 unterhielt er gute Beziehungen zu Oberstleutnant Michel François, dem berüchtigten Polizeichef. Seine politischen Songs richtete er gegen Jean-Bertrand Aristide, den ehemaligen Armenpriester, während dessen zweiter Präsidentschaft. Mit Aristide, der kurz vor der Stichwahl überraschend aus dem südafrikanischen Exil heimkehrte, verbindet ihn aber Einiges: Beide wurden vor allem von der jungen Bevölkerung gewählt und beide mussten ohne politische Erfahrung und ohne Hausmacht im politischen Establishment ihren verantwortungsvollen Posten antreten.

Martelly hat zumindest erkannt, wo das Problem liegt: Er will die Abhängigkeit vom Ausland verringern und durch eine Landreform die darnieder liegende landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang bringen und gleichzeitig mehr soziale Gerechtigkeit herstellen. Der wirtschaftliche Spielraum des neuen Hoffnungsträgers tendiert aber gegen Null. Eine Million Obdachlose warten ungeduldig auf ein festes Dach, Cholera und endemische Armut wuchern.

Aristide nützte einst sein Charisma, um die Bevölkerung erst zu mobilisieren und dann demagogisch zu manipulieren. Dem Beispiel darf Martelly nicht folgen. Er muss das kurze Zeitfenster seiner hohen Popularität nutzen, um die lethargisch gewordene Jugend zu motivieren, nicht einem Messias nachzulaufen, sondern selbst für den Wiederaufbau in jeder Hinsicht aktiv zu werden. Die Ernüchterung kommt sonst sehr schnell. ■

Ralf Leonhard

Egal ob man in die Hauptstadt Caracas oder nach Maracaibo in die Hauptstadt des erdölreichsten Bundesstaat Zulia blickt, überall begegnet man einer gewissen Aufbruchstimmung, ähnlich der Zeit nach dem gewonnenen Referendum vom August 2004. Der Friede mit Kolumbien und eine in Lateinamerika noch schwächelnde Obamaregierung lassen Chávez mehr Spielraum, um nachhaltige Sozialpolitik zu betreiben. Erstmals seit sechs Jahren ist die Kriminalitätsrate leicht zurückgegangen und die Korruptionsbekämpfung teilweise erfolgreich.

Von Christian Cwik

Um Venezuela ist es in der Welt-
presse in den letzten Monaten auffällig ruhig geblieben. Nur die Umwälzungen in Nordafrika, die sich mit den Horrormeldungen aus Japan in der global gleichgeschalteten Presse abwechseln, brachten Präsident Chávez gleich zweimal für kurze Augenblicke auf die große Bühne der politischen Superstars: einmal als der konservative britische Außenminister William Hague Oberst Gaddafi seit dem 23. Februar 2011 im venezuelanisch-bolivari-schen Exil wählte, um Chávez in aller Öffentlichkeit zu diskreditieren, und ein zweites Mal, als er Venezuela neben anderen Staaten als Vermittler im libyschen Bürgerkrieg vorschlug, wofür er eine ordentliche Abfuhr erhielt.

sidenten Agenda steht der lateinamerika-nische Integrationsprozess. Mit dem im Juni 2010 gewählten rechten Präsidenten Kolumbiens Juan Manuel Santos, der als Verteidigungsminister (2006–2009) Verantwortung für die Ermordung tausender Unschuldiger trägt („*los falsos positivos*“), schien von Anfang an eine andere Beziehung als zu Alvaro Uribe möglich. Dem „Krieg der Worte“, der zwischen Uribe und Chávez zum Dauerzustand der letzten Jahre verkommen war, ließ Präsident Santos bilaterale Verhandlungen folgen, womit er den aggressiven Kurs seines Vorgängers verließ. Damit entschärfte die beiden Präsidenten vor allem den ökonomischen Stillstand zwischen den beiden Nachbarstaaten.



Chávez legte sein Augenmerk zuletzt auf die lateinamerikanische Integration.

Trotz zuletzt genannter Bemühungen scheint sich Chávez zurzeit nicht wirklich um die internationale Politik in derselben Intensität zu kümmern, wie er dies in der Vergangenheit tat. Ganz oben auf des Prä-

Bereits zweimal hat man sich im Rahmen dieser neuen bilateralen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Santos vor nicht einmal einem Jahr, jeweils einmal in Caracas und einmal in Bogotá, getroffen.

weiter Seite 18 ⇨

⇒ von Seite 17: VENEZUELA

„*Avances positivos*“, positive Fortschritte, lancierten Santos und Chávez Anfang April unabhängig voneinander in den Tageszeitungen ihrer Länder. Alle in den letzten Monaten beschlossenen Projekte, wie eine breite Kooperation im Energiesektor, wären bereits auf Schiene, so der venezolanische Präsident, um schließlich noch zu bestätigen, dass der „Geist von Santa Marta“ die Beziehungen seit dem ersten Treffen im August 2010 (in Santa Marta, dem Sterbeort Simón Bolívars) begleite. Insgesamt neun Millionen Liter venezolanisches Benzin und Diesel, das entspricht einer Tagesleistung von 3.000 Barrel, sollen die kolumbianische Grenzregion mit Treibstoff versorgen und dem „volkswirtschaftlich schädlichen Schmuggelhandel“ ein Ende setzen. Der Gewinn aus dem Verkauf an Kolumbien soll in die venezolanische Grenzregion investiert werden und somit neue wirtschaftliche Impulse auslösen.

Alle drei Monate soll es in Zukunft Treffen zwischen Santos und Chávez geben, das nächste soll bereits im April, nach den Besuchen von Chávez in Argentinien, Uruguay und Bolivien, in Cartagena stattfinden, eine Tatsache, die vor zirka einem Jahr noch unvorstellbar gewesen wäre.¹

Fortschritte im lateinamerikanischen Integrationsprozess

Auch aus Argentinien, Uruguay und Bolivien kehrte Chávez nicht mit leeren Taschen zurück. Schon in den nächsten Monaten sollen vor allem Fleisch und Milchprodukte aus jenen südamerikanischen Staaten in den Regalen venezolanischer Supermärkte zu finden sein. Bislang beherrschen US-amerikanische und europäische Produkte das Angebot in Venezuela. Nationale Produkte gelten bei vielen Venezolanern seit dem Erdölboom der 1970er Jahre als minderwertig und werden deswegen – trotz intensiver Werbung – von einer Mehrheit noch immer nicht gekauft. Die Abkommen sehen massive Investitionen in der Viehwirtschaft vor. Mit Argentinien (*Instituto Nacional de Tecnología Agropecuaria de Argentina* – INTA) konnten im Speziellen drei agrarwirtschaftliche Abkommen geschlossen sowie ein neues Tierfuttermittelgesetz vereinbart werden. Ebenso soll mit uruguayischer Hilfe eine neue bistaatliche Firma in

Venezuela und Bolivien für die Qualitätskontrolle bei Samen (Mais, Soja, Erdäpfel, Reis, Quinoa) und zur Überwachung der Gentechnik gegründet werden, so der venezolanische Landwirtschaftsminister Juan Loyo.

Insgesamt erwartet sich Venezuela von dem Abkommen mit Argentinien nun rund 3.400 neue landwirtschaftliche Maschinen, darunter Traktoren, LKWs und Mähdröschler. Von der uruguayischen Unterstützung, die außerdem etwa 900 Stück geliefertes Vieh inkludiert, erwartet sich Venezuela eine Steigerung seiner eigenen Milchproduktion von täglich 3,5 Liter pro Kuh auf 10 bis 15 Liter pro Tier und Tag. Die noch immer weit hinter den Erwartungen liegende venezolanische Nahrungsmittelproduktion, die gerade 48% der Nachfrage abdeckt, soll somit endlich die 50%-Barriere durchbrechen. Ziel der Regierung von Chávez ist es, bis 2012 Lebensmittelreserven zu erwirtschaften, die eine dreimonatige „Nahrungsmittel-Souveränität“ garantieren, so wie dies im Gesetz zur Nahrungsmittelsicherheit proklamiert wurde.

Stimmungsbild für Chávez wieder positiver

Die Bevölkerung goutiert laut Informationsminister Andrés Izarra zu 64% das Engagement ihres Präsidenten in Lateinamerika. Vor allem die wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Argentinien, Uruguay und Bolivien werden von 58% als notwendige Maßnahmen gesehen, so die Ergebnisse des Meinungsforschungsinstituts *Grupo Contexto* nach Befragung von 1.200 VenezolanerInnen. Auch zu der von der Opposition vehement bekämpften ALBA äußerte sich eine knappe Mehrheit positiv, vor allem weil „wir Venezolaner darin eine wichtige Rolle spielen“, so zumindest eine Umfrage der *Universidad Bolivariana de Venezuela* in Caracas. Dazu beigetragen haben sicherlich die sichtbaren Fortschritte der ALBA in den letzten sechs Monaten, die vor allem die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes (*Tratado de Comercio de los Pueblos*) anstreben.

Außenminister Nicolas Maduro verkündete Ende März den Durchbruch bei den Verhandlungen mit Ecuador, vor allem was die zukünftigen Aufgaben der *Banco de ALBA* betrifft und darüber, wohin sich das gemeinsame Währungssystem „*Monedas electrónicas Sistema Único de Compensación Regional*“ (*Sucre*) entwickeln soll. Mit Ecuador hat sich die Zusammenar-

beit schon 2010 besonders verbessert. Gerade in landwirtschaftlichen Bereichen wollen nun ecuadorianisch-venezolanische Mischbetriebe zusammenarbeiten. Zwischenhändler sollen dabei ausgeschaltet und die Preise der Nahrungsmittel gesenkt werden, so der venezolanische Minister für Nahrungsmittel Carlos Osorio in einer Presseaussendung.

Venezuela scheint nach massiven Schwierigkeiten der Jahre 2008 und 2009 wieder auf der Erfolgsspur zurück. Die in all den letzten Jahren von Chávez aufgebauten Netzwerke zu einigen lateinamerikanischen Staaten mit progressiveren Regierungen sowie zu den Großmächten Russland und China und manchen asiatischen Staaten zeigen erstmals spürbare Verbesserungen für die venezolanischen Bürgerinnen und Bürger.

Trügerische Ruhe vor dem Sturm?

Doch wie lange werden die Erfolge in Venezuela anhalten? Erstens stehen die Präsidentschaftswahlen 2012 vor der Tür, und auch die zweite Amtszeit von Barack Obama und Hillary Clinton versprechen für die linken Regierungen in Lateinamerika nichts Gutes. Das Beispiel Libyen hat gezeigt, dass ein Angriff von außen auf Zuruf von „friedlichen Demonstranten“ jederzeit erfolgen und einen NATO-Einsatz mit sich bringen kann, selbst wenn keine Gefahr von Massenvernichtungswaffen ausgeht. Noch scheinen die lateinamerikanischen Staaten ihre relative Souveränität gegenüber den USA und der EU zu verteidigen, aber wie lange noch? In jedem Fall würde Venezuela ihr erstes Ziel sein. ■

Der Autor ist Historiker und arbeitet seit 1994 abwechselnd in Venezuela und Kolumbien als Gastprofessor und Forscher. Von 2006 bis 2008 war er als Gastprofessor für die *Misión Sucre* an der *Universidad Bolivariana de Venezuela* in Caracas sowie an der *Diplomatischen Akademie* Pedro Gual tätig.

¹ Dieses Treffen fand am 9. April statt. Dabei wurden bestehende Handelsvereinbarungen um vorerst drei Monate verlängert. Angesichts des am 22. April in Kraft tretenden Ausscheidens Venezuelas aus der Gemeinschaft der Andenländer CAN hätte sonst eine Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen gedroht. Ähnliche Abkommen wurden auch mit Bolivien und Ecuador abgeschlossen.

„SOZIALPARTNERSCHAFT FÜR KOLUMBIEN“

Noch vor einem Jahr hätte der Besuch eines kolumbianischen Vizepräsidenten wütende Demonstrationen provoziert. Aber Angelino Garzón, 64, wurde in Wien nicht von Sprechchören gegen Massaker und Armeewillkür empfangen, sondern von freundlichen NGO-Vertretern.

Von Ralf Leonhard

Die neue Regierung pflegt nicht nur einen weniger aggressiven Diskurs als die alte. Sie hat auch schon konkrete Schritte gesetzt, Menschenrechte zu wahren und sozialen Frieden zu schaffen. „Von mir werden Sie nicht hören, dass ich kritische Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten des Terrorismus bezichtige“, sagte Garzón in klarer Abgrenzung zu Expräsident Álvaro Uribe, obwohl auch er zugeben musste, dass nach wie vor Menschen verschleppt, ermordet und vertrieben werden. Er versprach aber, sich für die Umweltaktivistin Sandra Viviana Cuéllar einzusetzen, die am 17. Februar in der Nähe von Cali verschleppt wurde.

Eigentlich war der ehemalige Gewerkschafter gekommen, um Politik und Arbeiterschaft zu überzeugen, dass das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru vom Europaparlament und dem österreichischen Nationalrat ratifiziert werden sollte. Bedenken, wie sie vom ÖGB und vielen NGOs geäußert wurden und weiterhin werden, will er nicht gelten lassen: „Die Regierung stellt Menschen- und Umweltrechte über wirtschaftliche Interessen“. Das umstrittene Abkommen, das weitgehenden Zollabbau vorsieht, sei für beide Seiten vorteilhaft.

Die politisch wahrscheinlich wichtigere Botschaft aber ist der neue Zugang zu Frieden und Versöhnung, den Präsident Juan Manuel Santos sucht. In einem deutlichen Schwenk gegenüber seinem Mentor, dem Hardliner Álvaro Uribe, anerkennt er die Verantwortung des Staates für nahezu vier Millionen Vertriebene und hat die Restitution der geraubten Ländereien versprochen. Den Entwurf des Gesetzes für Land und Opfer hatte er im September persönlich in den Kongress gebracht. Inzwischen wird das Vorhaben, das die Entschädigung oder Naturalrestitution für rund eine Million Familien in 15 Jahren vorsieht, im Senat debattiert. Von der seit vergangenen August amtierenden Regierung wird auch nicht mehr geleugnet, dass staat-

liche Akteure, also vor allem die Armee, an Massakern und Vertreibungen beteiligt waren. Die rechten Paramilitärs werden nicht länger mit Samthandschuhen behandelt. Die Tötung des berüchtigten Kommandanten Pedro Oliveiro Guerrero, alias „Cuchillo“ in einem gewagten Polizeieinsatz Ende Dezember führt Garzón als Beweis an, dass man es ernst meine.

Denn die bürokratische und juristische Restitution allein ist zu wenig, wie Garzón einräumt. In den letzten Monaten seien acht Bauernführer ermordet worden, die sich für Landrückgabe eingesetzt hatten oder selbst Land zurückbekommen hatten. Garzón: „Wir haben es hier mit kriminellen Organisationen zu tun, die mit aller Schärfe bekämpft werden müssen“.

Außerparlamentarisch habe man sich mit der Opposition geeinigt, die Landrückgabe schon in zehn Jahren durchzuführen. Das wäre nicht möglich, wenn das Gesetz die Transaktion nicht dadurch erleichtern würde, dass bei klarer Beweislage künftig kein richterliches Urteil mehr abgewartet werden muss. Prozesse können sich nämlich über Jahre hinziehen. Berücksichtigt werden Fälle der letzten 25 Jahre. Die Kosten von rund 25 Milliarden US-Dollar will die Regierung aus eigenen Mitteln bewältigen. Garzón: „Wir betteln im Ausland nicht um Finanzierung. Aber wenn uns jemand Hilfe anbietet, werden wir sie nicht abschlagen“.

In Österreich wurden keine derartigen Offerten gemacht. Bundespräsident Heinz Fischer machte aber eine andere Anregung zur Konfliktbewältigung. Er schlug vor, österreichische Expertise in Sachen Sozialpartnerschaft nach Kolumbien zu expor-

tieren. In Kolumbien enden Arbeitskonflikte oft mit der Ermordung von Gewerkschaftsführern. Das soll sich ändern, wenn der Erfahrungstransfer sich nach einem ersten Treffen von Experten von ÖGB und Wirtschaftskammer mit kolumbianischen Kollegen konkretisiert.

Für Verhandlungen mit der Guerilla, so Garzón, stehe die Tür offen. Allerdings müssten die Rebellen vorher alle Verschleppten und die zwangsrekrutierten Kindersoldaten freilassen, auf weiteres Kidnapping und terroristische Akte verzichten sowie der Gewalt abschwören. Die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*), die größte Guerillaorgani-



Foto: Ralf Leonhard

sation, ist zwar militärisch erheblich geschwächt, fordert aber einen Dialog ohne Vorbedingungen. Garzón, früher selbst Führungsmittglied der Kommunistischen Partei, hält heute die FARC für das größte Hindernis dafür, dass sich in Kolumbien eine Mitte-Links-Regierung etablieren könne. Dass eine legale Linke in Form der *Unión Patriótica* in den 1980er und 1990er Jahren von Regierungskräften und Paramilitärs verfolgt und mit der Ermordung von über 5000 Aktivisten physisch ausgeschaltet wurde, nimmt er zwar nicht auf seine Kappe. Aber: „Wir haben alle sehr viele Fehler begangen“.

Garzón ist ein vielbeschäftigter Mann. Die Vizepräsidentenschaft ist kein rein protokollarisches Amt. Unter den zahlreichen Aufgaben, die ihr zugewiesen wurden, ist die Landrestitution die wichtigste, die politische Verantwortung für die kommenden Sommer stattfindenden U20-Fußballweltmeisterschaften wahrscheinlich die angenehmste. ■

IM ZWEIFEL FÜR DIE UNSICHERHEIT KULTUR GLOKAL:

Von Petra Hirzer

So lässt sich die Aussage eines Kommentators zum Ergebnis des ersten Durchgangs der peruanischen Präsidentschaftswahlen vom 10. April zusammenfassen. Er bezog sich mit resignativem Unterton auf die am 5. Juni stattfindende Stichwahl zwischen Ollanta Humala und Keiko Fujimori, den zwei am meisten polarisierenden KandidatInnen.

Bis zwei Wochen vor der Wahl war Ex-Präsident Alejandro Toledo (2001–2006) in den Umfragen voran gelegen. Auch sein damaliger Finanz- und Premierminister Pedro Pablo Kuczynski lag im vorderen Feld. Als dritter „Kandidat des Zentrums“ gesellte sich der Ex-Bürgermeister von Lima, Luis Castañeda, hinzu. Ihnen allen dürfte die Beackering derselben WählerInnengruppe zum Verhängnis geworden sein. Sie standen letztlich für die Fortsetzung des neoliberalen Kurses, der Peru zwar seit bald einem Jahrzehnt zur am schnellsten wachsenden Volkswirtschaft Lateinamerikas macht und auch die Armutsrate deutlich gesenkt hat, der aber auch das Bewusstsein und damit die Unzufriedenheit über die ungleiche Verteilung der Chancen wachsen ließ. Insbesondere das Stadt-Land-Gefälle hat sich nochmals enorm ausgeweitet.

Auch Humala und Fujimori haben sich mehr oder minder zaghaft der Mitte angenähert, stehen aber nach wie vor für äußerst konträre Positionen. Nach aktuellen Umfragen verweigern an die 40% der PeruanerInnen beiden PräsidentschaftsanwärterInnen ihre Stimme.

Die 36jährige Tochter des zu 25 Jahren Haft verurteilten Ex-Präsidenten Alberto Fujimori preist dessen Regierungszeit unverhohlen „als die beste, die Peru jemals hatte“. Obwohl sie sich mit programmatischen oder personellen Aussagen während des Wahlkampfes zurückgehalten hat, steht sie deshalb recht eindeutig für einen staatlichen Autoritarismus, gepaart mit einem radikal neoliberalen Wirtschaftsmodell. Abgesehen von der familiären Einbettung ist ihr politisches Profil sehr dürftig. Die vergangenen fünf Jahre als Kongressabgeordnete glänzte sie vor allem durch Abwesenheit. Priorität hatte der Studienabschluss in den USA.

Dass Keiko Fujimori dennoch mit 23% den zweiten Platz und damit den Einzug in die Stichwahl geschafft hat, liegt in erster Linie an der erfolgreichen Vermarktung des Vaters. Alberto Fujimori wird nach altbekanntem Muster als der gute König dar-

gestellt, der nur das Gute wollte und viel erreicht hat. Die Schattenseiten seiner Regierung – wie die nachgewiesene Befehlsgewalt einer Todesschwadron und Korruption in nie dagewesenem Ausmaß – werden zur Gänze dessen Umgebung zugeschoben, in erster Linie dem ebenfalls inhaftierten Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos.

Ollanta Humala ist ebenfalls familiär vorbelastet. Der Vater ist ein notorischer, ethnisch motivierter Nationalist. Bruder Antauro hat sich vor Jahren an einem blutig endenden lokalen Putsch beteiligt. Beide Brüder hatten schon zuvor noch in der Armee einen lokalen Aufstand gegen das Fujimori-Regime versucht. Ollanta war erstmals 2006 Präsidentschaftsanwärter, in der Stichwahl aber Alan García unterlegen.

Legte er damals noch Wert auf seine Verbindung mit Hugo Chávez, so will er diesmal mit Lula da Silva assoziiert werden. Die Rolle Brasiliens in diesem Wahlkampf ist bemerkenswert. Noch nie hat sich die neue regionale Führungsmacht so parteiergreifend in die Wahlgeschehnisse eines Nachbarlandes eingemischt. Humala bekam Anfang des Jahres zwei bewährte brasilianische Wahlkampfmanager zur Seite gestellt. Diese konzipierten eine das gesellschaftliche Establishment beschwichtigende Wahltaktik, wie sie sich schon bei Lulas erstem Wahlerfolg 2002 bewährt hatte. Damit begann Humalas rascher Aufstieg, der vorläufig in einem 32%-Stimmanteil am 10. April gipfelte.

Humala werden derzeit die höheren Siegchancen eingeräumt. Er hat sich konsequenter durch programmatische Aussagen auf die in der Stichwahl entscheidende politische Mitte zubewegt. Gleichzeitig finden sich eine Anzahl linker Persönlichkeiten auf der Liste von *Gana Peru*. Damit hält er die Hoffnung auf eine gerechtere Verteilung des größer gewordenen Kuchens aufrecht. Letztlich gilt die Aussage des Politikwissenschaftlers Steven Levitsky: „An Humala kann man zweifeln, aber zu Keiko (Fujimori) gibt es Beweise“.

Jürgen Kreuzroither

In unserer internationalisierten Welt der Massenkommunikation stehen die Veränderung der Weltwirtschaft und das viel diskutierte Szenario einer „McDonaldisierung“ hoch im Kurs. Mit dem Schlagwort der Globalisierung wird eine zunehmende Verwestlichung und damit einhergehende kulturelle Homogenisierung propagiert. Doch eine andere Seite der Globalisierungs-Medaille zeigt, dass globale Waren-, Technologie- und Kommunikationsströme stets auch an lokale AkteurInnen gebunden sind. Transkulturelle Ströme kreieren ein neues Bewusstsein, schaffen neue Handlungsspielräume und führen zu der Entstehung neuer kultureller Praktiken. Damit gehen auch verschiedenste Formen von Aneignung, Verheimatlichung oder Neuverhandlung kultureller Identitäten und Werte einher.

Kultur wird in Anbetracht der Prämisse von „global denken – lokal handeln“ zunehmend zu einem Prozess der „Glokalisierung“ und steht abseits nationalstaatlicher Grenzen. Vor allem die rasanten Entwicklungen im Bereich der digitalen Medien seit den 90er Jahren sind ausschlaggebend für neues Potenzial an kultureller Vielfalt bzw. Entfaltungsmöglichkeit. Im Zentrum stehen dabei oftmals der Konsum globalisierter Populärkultur und Medien – und so trifft auch Lateinamerika auf *Barathi Dil*, das indische Herz.

Peru trifft auf das indische Herz

Auf den ersten Blick haben dabei Peru und Indien nicht viel gemein. Erste diplomatische Beziehungen etablierten sich zwar bereits Mitte der 60er Jahre, fernab einer nennenswerten indischen Migrationsbewegung (wie beispielsweise im karibischen Raum) ist die Zahl der ansässigen Familien allerdings nur sehr gering. Die Popularität Indiens ist auch ohne indische Diaspora deutlich spürbar. Vor allem in den urbanen Zentren Lima, Arequipa und Trujillo, aber auch im ruralen Raum der peruanischen Costa und Sierra, ist die Verfügbarkeit der materiellen Kultur stark angestiegen. Neben den landesweit von PeruanerInnen oder Mitgliedern der chinesisch-peruanischen Gemeinschaft auf öffentlichen Märkten vertriebenen Produkte wie Räucherwerk, Kleidung, indi-

INDISCHE POPULÄRKULTUR IN PERU

Kulturelle Verflechtungen haben in Lateinamerika eine sehr lange Tradition. An der Schnittstelle von lokal und global kommt es unter den beschleunigten Bedingungen der Globalisierung zu Prozessen der Aneignung und zur Neuverhandlung kultureller Identitäten und Werte. Die Vielfalt der (urbanen) Alltagskultur in Peru wird bereits seit einigen Jahren vom Einfluss indischer Populärkultur mitgeprägt, wobei sich insbesondere zu indischem Film und Tanz eine rege lokale Fankultur entwickelt hat.

schem Modeschmuck oder auch Fanartikeln findet dabei vor allem das indische Populärkino (oft auch unter dem Sammelbegriff *Bollywood* zusammengefasst) einen großen Absatzmarkt.

Bereits in den 70er Jahren kam es zu einer ersten Indien-Welle, als lokale Kinos die damals vergleichsweise kostengünstigen Filme in ihr Spielprogramm übernahmen. Durch die wachsende Machtstellung amerikanischer Kinoproduktionen und den Vormarsch von Großkonzernen wie *Cine Planet* verminderte sich der Zugang zu indischem Kino in den darauffolgenden Jahren. Erst das Aufkommen der DVD und vor allem der DVD-Piraterie um die Jahrtausendwende hat das Angebot erheblich verstärkt. Günstig erwerbbar Raubkopien der Filme und diverse Möglichkeiten der Vervielfältigung machen das indische Populärkino (*cine hindú*) neben anderen asiatischen Kinoproduktionen zu einem nennenswerten Alternativprogramm zum Hollywood-Kino. Das Publikum der unzähligen Filme und Tanzvideos ist dabei sehr breit gefächert und weder auf Alter noch Schichtzugehörigkeit eingrenzbare.

Internet, Fans und Fangemeinschaften

Im Zuge der Globalisierung der Medienkommunikation und der (auch in Privathaushalten der urbanen Mittelschicht) immer weiter verbreitete Nutzung des Internets entwickelte sich schließlich eine rege Fankultur zu Indien, indischem Film und Tanz, die über den bloßen Konsum der Medienprodukte hinausgeht. Neue Informationskanäle und Vernetzungsmöglichkeiten haben Handlungsspielräume online und offline aktiviert, die vor allem in der Bildung lokaler Fangemeinschaften mündeten. Allein in der direkten und indirekten Umgebung von Lima, Arequipa und Trujillo können über 50 *comunidades* ausgemacht werden, die sich auf verschiedensten Ebenen sozialer Praktiken der Leidenschaft für indische Populärkultur widmen.

Mit durchschnittlich 25 aktiven Mitgliedern führen die zum Großteil Jugendlichen der urbanen Mittelschicht (zwischen 15 und 25 Jahren) ein reges und im gesamten spanischsprachigen Raum vernetztes Vereinsleben. Bekannte soziale Online-Netzwerke wie *Facebook*, *Hi5*, *MySpace* oder *YouTube* dienen dabei als Interaktions- sowie Repräsentationsplattformen und vermitteln zwischen den individuellen und kollektiven Interessen der Fans. Die lokalen Aktivitäten reichen von Gemeinschaftstreffen, der Organisation indischer Feste wie dem *Holi*-Fest, der Durchführung von Tanzkursen oder überregionalen Tanzveranstaltungen bis hin zur Produktion von Fankunst zu den Stars des indischen Films. Die Besonderheiten der stetig wachsenden Fankultur liegen vor allem in der Aneignung und kreativen Neugestaltung der zum Großteil medial vermittelten Inhalte.

Fans als produktive Zuschauer

Eine Form der Aneignung zeigt sich in der Herstellung von Produkten wie Collagen, Zeitschriften, Internet-Wallpapers, Profilbanner oder Poster, die die Fans und Mitglieder der Fangemeinschaften mit indischer Populärkultur in Verbindung bringen. Ein besonderes Naheverhältnis besteht dabei zu den Stars der Filme, die in verschiedenen visuellen Ausdrucksformen nicht nur mit ihnen selbst, sondern auch mit Peru und seinen regionalen Besonderheiten verknüpft werden.

Neben Fankunst spielt vor allem der Tanz eine wesentliche Rolle, der von den Jugendlichen im Rahmen der Filmrezeption mit akribischer Genauigkeit einstudiert, präsentiert, aber auch adaptiert wird. Pro Jahr finden vor allem in Lima zahlreiche Inszenierungen vor Publikum statt, bei denen auch Schmink- bzw. Verwandlungsszenarien als intensive Aneignungsprozesse genannt werden können. Im Rahmen der Tanzveranstaltungen steht allerdings weit weniger die Kopie der filmischen Tanzszenen als meist das kreative



Verwandlung vor einer Tanzinszenierung

Schöpfungspotenzial im Vordergrund. Ein Beispiel dafür ist die Neukreation *salsa hindú*, eine Verbindung von lateinamerikanischem Salsa-Tanz und indischer Musik und Choreographie, die sich in den letzten fünf Jahren herauskristallisiert hat.

Die aus diesen Beispielen hervorgehenden Formen der Aneignung und Hybridisierung sind als (g)lokales Phänomen im Rahmen der kulturellen Globalisierung zu verstehen. Nicht nur der globale Markt und diverseste Migrationsbewegungen, sondern insbesondere auch Veränderungen der Medienlandschaft führen zu einer Verflechtung von Ideen, kulturellen und sozialen Identitäten oder Lebenswelten. Diese Verflechtungen haben die Gemeinsamkeit, dass sie weder statisch noch zwangsläufig ortsgebunden sind. Gleichermaßen tragen sie zum Wandel von Alltagsdiskursen (nicht nur in Lateinamerika) bei und zeigen, dass moderne Kultur immer beweglicher wird und eine globale Kulturschmelze unter westlicher Vorherrschaft nur ein Szenario von vielen ist. „*Bailar música hindú, escuchar música hindú, mirar películas hindú.*“ (Hindu-Musik tanzen und hören, Hindu-Filme sehen), erzählt die 19-jährige Zoila aus Arequipa, Mitglied der Fangemeinschaft *Barathi Dil*, indisches Herz. „*Todo lo que se refiere a la hindú!*“ (Alles was Hindu-Bezug hat). ■

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.

DER PLAN CEIBAL

One Laptop per Child (OLPC) im Uruguay der Frente Amplio

Wer über die sich „im Umbruch“ befindlichen Demokratien Lateinamerikas nachdenkt, landet unweigerlich bei den großen, mitunter marktschreierisch wirkenden Gesten eines zu vermutenden Dauerwahlkampfes um die Gunst bedürftiger Wählerschaft. Man fühlt sich an den wohl berühmtesten Comic-Prolog der Welt erinnert, wo ein Landkartenausschnitt mit der allseits bekannten Lupe den Anfang jedes Asterix-Abenteuers ziert. Ganz Lateinamerika? Nein, das kleine gallische Dorf soll hier Uruguay heißen, denn es hat sich bisher erstaunlich wenig um den Beifall der Claqueure vor der politischen Bühne des Kontinents bemüht.

Von Ulli Schmidt

Cambiando el país“, das Land von Grund auf verändern, ist der Anspruch der *Frente Amplio* – einer wahrlich „breiten Front“ von ca. 40 Parteien und Organisationen des linken Spektrums, die seit Oktober 2004 die Geschicke des Landes leitet. Ihr politisches Portfolio erscheint einigermaßen ungewöhnlich, stehen hier doch neben dem unbedingten Ziel der Errichtung eines laizistischen Wohlfahrtsstaates auch legislative Projekte wie Sterbehilfe, Schwangerschaftsabbruch, Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften einschließlich Adoptionsrecht, Abänderung von Dokumenten für Transgenderpersonen dermaßen weit oben auf der politischen Agenda, dass sie nicht als vage Visionen abgetan werden können.

Uruguay macht seiner Bezeichnung als „atypisches Entwicklungsland“ wieder einmal alle Ehre. Ruft man sich in Erinnerung, dass bis in die 1950er Jahre der Viehexportwirtschaftsboom Uruguay zu einem der ersten modernen Wohlfahrtsstaaten der Welt machte, so wird rasch klar, dass der Anspruch dieses Landes, einst als „Schweiz Lateinamerikas“ bezeichnet, ein anderer ist als jener, der mit den Sojamonokulturen – damit einhergehend: massenhaftem Arbeitsplatzverlust – 2003 eingeschlagen wurde.

Uruguay ist flächenmäßig ca. dreimal so groß wie Österreich und mit drei Millionen Einwohnern das erste Land weltweit, das alle SchülerInnen öffentlicher Schulen im Alter von sechs bis zwölf Jahren und deren Lehrerschaft mit den sog. OLPC XO-1-Laptops – besser bekannt als US\$ 100-Laptops – ausstatten konnte. Eine Glanzleistung, nicht nur in logistischer Hinsicht! Dem anfänglichen Aufschrei professioneller Pädagogen hielt Staatspräsident Mujica entgegen, dass der Diskussionsprozess zur Optimierung des Projektes eine ständige Begleitmaßnahme sei, der universelle Zugang zu Bildung und Wissen jedoch grundsätzlich als prioritäre Strategie einer „linken“ Regierung eines kleinen Landes ländlicher Prägung anzuerkennen sei, wenn dieses auf einem wettbewerbsorientierten Planeten überleben wolle.

Die Kritik richtete sich zu allererst gegen die Garantie des Internetzugangs in Schulen und im öffentlichen Raum. Ihr wurde entsprochen, indem Lehrer und Eltern mit den KoordinatorInnen des *Plan Ceibal* die Entscheidungen über Filterungen in pädagogischer Hinsicht treffen.

Die staatliche Telekommunikationsgesellschaft ANTEL hat zur Implementie-

rung des Projektes wesentlich beigetragen, indem das Kommunikationsnetz verdichtet wurde und eine teilweise Kostenübernahme erfolgte. Die verteilten Laptops gehen ins persönliche Eigentum der Kinder bzw. deren Eltern über.

Die Projektidee OLPC wurde im Umfeld des Massachusetts Institute of Technology ab 2005 von einem Team rund um Nicholas Negroponte entwickelt und neben Uruguay in Argentinien, Kolumbien, Paraguay, Peru und Nicaragua verwirklicht. Benannt nach dem für Uruguay typischen Baum ist der *Plan Ceibal* das bildungspolitische Erbe des Präsidenten, Mediziners und Universitätsprofessors Tabaré Vázquez, dessen Überzeugung zufolge es keine Entwicklung ohne Innovation geben könne. Computer für Alle! mache Uruguay zum vernetztesten Land der Welt.

Ab 2007 wurden in zwei Jahren 400.000 Laptops verteilt. In der Anfangsphase machten sich technische Wartungsprobleme bemerkbar, die mittlerweile im Ballungszentrum Montevideo mithilfe eines Callcenters effizient einer Lösung zugeführt werden.

Der Wiener Informatik-Student und OLPC-Österreich-Mitarbeiter Christoph Derndorfer besuchte vor kurzem Uruguay, Paraguay und Peru. Keineswegs trivial sei es ihm zufolge, 400.000 Laptops zu verteilen, denn allein in Uruguay stieß man im Zuge dieser Arbeit auf Tausende Kinder, die vom System bisher gar nicht erfasst waren. In Uruguay sei die Grundvoraussetzung von Anfang an sehr gut gewesen, liege doch die Alphabetisierungsrate nahe hundert Prozent. Vier Jahre nach Projektbeginn verfügen heute 98 % der Schulen über Internetanschluss und die Hälfte der SchülerInnen lebt kaum 300 Meter von einem Internet-Hotspot entfernt. Die tatsächlich schwierigste Aufgabe sei allerdings der pädagogisch wertvolle Einsatz, denn ein Laptop sei nur Mittel zum Zweck. E-Learning-Projekte hätten bisher die Lehrerbildung vernachlässigt, aber eben auch das Lernen muss erlernt sein! Rund 15 Prozent der Kinder könnten sich zwar den Gebrauch intuitiv aneignen, ebenso viele jedoch würden damit gar nichts anfangen. Die große Mehrheit bedürfe der konkreten Anleitung, resümiert Derndorfer.



Foto: Wikipedia

Präsident Mujica: Plädoyer für universellen Zugang zu Bildung und Wissen

Gegenwärtig macht das Projekt „*Cambiando el país*“ wieder von sich reden: *One Laptop per Child!* Jedes Kind will die Regierung mit einem Laptop ausstatten.



Ein weiterer entscheidender Schritt war die Einführung des TV-Kanals *Ceibal*, einer täglichen anwendungs- und lernorientierten TV-Sendung, die in mittlerweile über 200 Folgen auch jederzeit über *YouTube* abrufbar ist. Da alle Laptops mit Kameras ausgestattet sind, hat die Begeisterungsfähigkeit der Schüler zur *Art-Space* „eXpO“-Fotoausstellung in Montevideo geführt.

Auch *Flor de Ceibo* ist Teil dieses Plans: In Kooperation mit der *Universidad de la República Oriental del Uruguay* soll hier Raum für die laufenden und interdisziplinären Umsetzungsanforderungen geschaffen werden und Informationen über den *Plan Ceibal* für die Studenten und hinsichtlich Zusammenarbeit zwischen der Universität und der breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Universitätsprofessoren und Studenten arbeiten hier an einer großen Bandbreite von Projekten mit der Bevölkerung zusammen, u.a. auch an der Implementierung von Spezialprogrammen für Alleinerzieherinnen.

Einer wirtschaftswissenschaftlichen Studie der *Universidad de la República* zufolge hat die penibel durchdachte, durchstrukturierte und breit vernetzte Kooperation unzähliger Akteure im *Plan Ceibal* bereits maßgebliche positive Auswirkungen auf die schulischen Leistungen in den (einzig untersuchten) Fächern Mathematik und Fremdsprachen gezeitigt. Die traditionell

hinsichtlich Wissensstand eher hinterherhinkenden SchülerInnen aus peripheren ländlichen Regionen konnten erstmals ihre KollegInnen aus Montevideo und Canelones übertrumpfen, wo der *Plan Ceibal* zu diesem Zeitpunkt noch nicht implementiert war.

Ausschlaggebend waren Motivation und Begeisterungsfähigkeit der Kinder, ebenso die neue schulische Atmosphäre, daraus resultierend eine ansteckend wirkende Aufbruchsstimmung und die breite Akzeptanz und entschiedene Unterstützung seitens der Familien.

Nicholas Negroponte wird der Satz zugeschrieben: „Wäre ich ein Realist, so hätte ich dieses Projekt niemals begonnen. Okay, also ist es nicht realistisch – aber wir kommen der Sache näher.“

Vor den großen demokratiepolitischen Umwälzungen, wie sie dank rascher Vernetzung und Internetzugang andernorts stattfinden konnten, scheint das in vielerlei Hinsicht atypische Uruguay der *Frente Amplio*, im Gegensatz zu der einen oder anderen Demokratie Lateinamerikas, keinerlei Befürchtungen zu hegen. ■

Die Autorin ist Studierende des Universitätslehrganges für Höhere Lateinamerika-Studien in Wien und engagierte Protagonistin einer demnächst in Uruguay stattfindenden solidarökonomischen Fraueninitiative, über deren Fortschritte wir berichten werden.

⇒ von Seite 11: US-DROGEN-POLITIK

NEUE TÖNE AUS WASHINGTON

William Brownfield, neuer *Assistant Secretary for International Narcotics Matters and Law Enforcement Affairs* (INL) im State Department, nannte die US Anti-Drogen-Strategie einen Irrtum. Auf einer internationalen Konferenz zum Thema im mexikanischen Badeort Cancún im April sagte er, man habe an eine entschlossene und aggressive Kampagne und schnelle Resultate geglaubt, doch nach 32 Jahren und Milliarden vergeudeter Dollars müsse man feststellen, dass man sich geirrt habe. Gleichzeitig wurde über *Wiki-Leaks* bekannt, dass die US-Botschaft in Mexiko bereits seit Oktober 2009 an der Strategie der Drogenbekämpfung zweifelte und davor warnte, dass nur symbolische Siege möglich seien.

Brownfield, der im Jänner – zwei Jahre nach Präsident Obamas Amtsantritt – seinen Vorgänger Johnson ablöste, weiß wovon er spricht: Als Botschafter in Bogotá war er dort für den „*War on Drugs*“ zuständig und mit seinen Besprühungsaktionen, verdeckten Operationen der *Drug Enforcement Administration* (DEA) und dem Einsatz von Personal privater Söldnerfirmen vertraut – und mit den bekannten Resultaten (vgl. Beitrag S 4).

Über konkrete Reformen sprach Brownfield freilich nicht. Ein erster Schritt könnte in der Modifizierung der „Zertifizierungspolitik“ liegen, für die sein Haus zuständig ist; für deren Abschaffung wäre der Kongress zuständig. Indes: Auch Präsident Clintons neuer „Drogenzar“, General Barry McCaffrey, war im März 1996 mit gänzlich unmartialischen Reformtönen hervorgetreten. Doch unter dem Druck einer republikanischen Kongressmehrheit wurde ab 1999 der militärische *Plan Colombia* implementiert. Auch die Obama-Administration ist mit steifem Gegenwind aus dem Kongress konfrontiert. Brownfields Äußerungen geben allenfalls zu gedämpftem Optimismus Anlass. Die betroffenen lateinamerikanischen Länder täten trotzdem gut daran zu begreifen, dass auch die USA kein monolithischer Block sind, und zu lernen, auf der Klaviatur der unterschiedlichen Fraktionen und Interessen Washingtons zu spielen.

Robert Lessmann

REGENWALD MIT TRADITION

Ökotouristische Projekte von Indígenas in Costa Rica

Ende 2010 erhielt die „Asociación Bribri Kaneblö“, eine Vereinigung von Indígenas des Bribri-Volkes, als erste indigene Gruppe die offizielle Anerkennung des costa-rikanischen Tourismus-Instituts ICT. Ihre kleine, rustikale Lodge in Salitre gilt nun als staatlich anerkannte „Herberge des ländlichen Tourismus“.

Von Klaus Beisswenger

Salitre ist auch noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Während vor wenigen Jahren nur junge oder hartgesottene Abenteurer das Übernachten in einer indigenen Gemeinschaft reizvoll fanden, bietet diese Lodge auch einem breiteren Publikum eine einfache, aber gemütliche Unterkunft in Holzhäuschen, die geschmackvoll mit Palmblättern bedeckt sind. Ein eigenes Bad und eine kleine Terrasse sowie Betten mit bequemen Matratzen und Moskitonetzen gehören zur Ausstattung.

In den Katalogen großer, konventioneller Veranstalter findet man solche Lodges zwar noch nicht, aber einige ihrer Rundreisen beinhalten einen Tagesbesuch, um die Begegnung mit autochthonen Kulturen zu ermöglichen.

Die indigene Bevölkerung Costa Ricas – ca. 60.000 an der Zahl – lebt in abgelegenen Territorien zumeist von der Subsistenzlandwirtschaft. Da etwa die Hälfte der gesetzlich den Ureinwohnern zustehenden Flächen in der Hand von „Weißen“ ist und ein Großteil aus gebirgigen Waldregionen besteht, sind die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sehr begrenzt. Durch das Vordringen der „Zivilisation“ in Form von Schulen, Schotterstraßen und Dorfläden hat der Geldverkehr die traditionellen Tauschbeziehungen ersetzt. Erwerbsmöglichkeiten gibt es nur wenige: als Lehrer oder Polizist (teils in der Hauptstadt), saisonal als Kaffeepflücker und in der Herstellung von Kunsthandwerk.

Vier Faktoren trugen wesentlich zum Entstehen ökotouristischer Projekte von Indígenas bei:

- * die Nähe zu Nationalparks und anderen touristischen Gebieten,
- * die Schulabgänger, die teils sogar Grundkenntnisse in Englisch besitzen und von der Subsistenzlandwirtschaft allein nicht leben können,
- * die Notwendigkeit zur Erschließung neuer Absatzmärkte für das Kunsthandwerk

* die Finanzierungsmöglichkeiten mit Entwicklungsgeldern, z.B. dem Kleinprojektfonds des UNDP.

Schon vor Jahren entwickelten einige Interessenten in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation CEDOE und der deutschen CIL (*Christliche Initiative Centrum Internationales Lernen*) das Konzept eines Netzwerks, bei dem sich verschiedene Akteure ergänzen, vom Tourismus profitieren und sich gegenseitig stärken. Im Zentrum steht eine Herberge in Verbindung mit der Verköstigung der in- und ausländischen Besucher. Die (organische) Landwirtschaft hat als Zulieferer einen neuen Markt, und die Kunsthandwerker/innen können ihre traditionellen Techniken vorführen und mehr Absatz erzielen. Indígenas mit Englischkenntnissen oder Besitzer von Pferden bieten Touren in die Umgebung an. Die Beteiligung von Frauen – nicht nur an der Arbeit, sondern auch an den Entscheidungen und dem Einkommen – wurde von Anfang an betont.

Dieses an sich schlüssige Konzept ließ sich aufgrund der lokalen Sozialstrukturen nur teilweise umsetzen. In der Regel sind es Familienclans, die ein Gesamtpaket anbieten mit Unterkunft, Verpflegung und einem Einblick in die Kultur und Natur des Ortes. Die meisten Beteiligten sehen als Voraussetzung für den Einstieg in den Tourismus den Bau einer Unterkunft, was an einigen Stellen zur Errichtung konkurrierender Herbergen geführt hat. Unterstützung und Fortbildung gibt es durch Nichtregierungsorganisationen, staatliche Stellen und ACTUAR, einen nationalen Zusammenschluss von Initiativen des länd-

lichen Tourismus, der auch ein Reservierungssystem anbietet und auf Tourismusmessen präsent ist.

Costa Rica ist wegen seiner Artenvielfalt weltberühmt. In- und ausländische Besucher finden in den Nationalparks je nach Region tropischen Regenwald, Nebelwald und Trockenwald, und spezialisierte Guides kennen Hunderte von Pflanzen- und



Foto: M. Gebner (auf dem Yorkin-Fluss)

Vogelnamen. Die Initiativen der indigenen Gemeinschaften bieten dazu ein Plus, das sonst etwas zu kurz kommt: einen Einblick in Jahrhunderte alte Kulturen, den Umgang mit der Natur durch Nutzung von Wildpflanzen und Heilkräutern und die Begegnung mit Menschen von heute, die sich zwischen Tradition und Moderne trotz aller Beschränkungen einen Weg bahnen.

Beispiel: die Familie von Mariano Marquínez, am Rande des Nationalparks *Corcovado*. Hinter dem Haus ein Fluss mit reinem Quellwasser, auf den Bäumen manchmal Tukane und sogar Rote Aras. Das Haus ist in L-Form gebaut: der Anbau mit Stockbetten und der Familientrakt begegnen sich in einem palmblattgedeckten „Rancho“, in dem das Essen auf dem Feuer gart und die Besucher unwillkürlich in das Familienleben integriert werden.

Ein schönes Projekt auf der Karibikseite findet sich in Yorkin. Die Touristen werden mit dem Einbaum an der Grenze zu Panama flussaufwärts geschippert. Unterwegs sieht man Kochbananen aus organischem Anbau, die in Europa zu Baby-nahrung verarbeitet werden. Die Touristen können auch den Anbau von Kakao und die Produktion köstlicher Schokolade miterleben – und dürfen natürlich probieren. ■

GELEBTE SOLIDARITÄT

Menschenrechtsbeobachtung in Mexiko

Friedenscamps in indigenen Gemeinden im Süden Mexikos entstanden als Reaktion auf massive Menschenrechtsverletzungen durch die mexikanische Armee und paramilitärische Gruppen, deren Präsenz seit dem zapatistischen Aufstand 1994 in der Region sehr stark ist. Die Zapatistas kämpfen auch heute weiterhin für Freiheit, Gerechtigkeit und Würde. Im Zentrum steht die Forderung nach der Umsetzung ihrer indigenen Rechte. Gleichzeitig entstehen in den zapatistischen Gemeinden neue politische und wirtschaftliche Organisationsstrukturen, Schulen und Krankenhäuser. Der mexikanische Staat versucht, diese Bemühungen, autonome Strukturen aufzubauen, zunichte zu machen – oft mit Hilfe paramilitärischer Gruppen. Drohungen, Einschüchterungen, die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen, aber auch gewalttätige Übergriffe stehen auf der Tagesordnung. Landkonflikte und Auseinandersetzungen um die Nutzung natürlicher Ressourcen, die durch Mega-Tourismusprojekte angeheizt werden, verschärfen die Lage in Chiapas.

Die Mexiko-Plattform Österreich veranstaltet auch dieses Jahr wieder ein Vorbereitungsseminar für die Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas und Guerrero. Ein Grund zur Freude, aber auch zur Besorgnis, denn die Situation vor Ort ist nach wie vor sehr angespannt.

Leben der sozial und ökonomisch stark marginalisierten Landbevölkerung. In Guerrero arbeitet die Mexiko-Plattform mit der Menschenrechtsorganisation *Tlachinollan* zusammen, zu der dieses Jahr erstmalig BeobachterInnen entsendet werden können.

Verschiedene Welten, ähnliche Kämpfe

Die Organisationen vor Ort betonen immer wieder die Bedeutung der internationalen Friedenscamps. BeobachterInnen können einerseits Menschenrechtsverletzungen publik machen, andererseits kann allein ihre Präsenz dazu führen, dass sich die Situation entspannt. Die mexikanische Partnerorganisation *Fray Bartolomé de las Casas* in San Cristóbal de las Casas, Chiapas, beschreibt die Relevanz der internationalen BeobachterInnen dahingehend, dass sie dazu beitragen, die Hoffnung, die Würde und das soziale Geflecht der Gemeinden zu bewahren. Dabei steht der Respekt für deren eigene Dynamik und die Selbstbestimmung der indigenen Gemeinschaften im Zentrum. Gleichzeitig sind die Friedenscamps gelebte Solidarität und lassen den Alltag der Bevölkerung erfahren.

So beschreibt eine österreichische Beobachterin ihre Zeit im Friedenscamp in einem verlassenen, von den Zapatistas als Ökotourismusprojekt wieder in Betrieb genommenen Hotel: „In der ersten Woche unseres Aufenthaltes halten wir mit den compañeras Wache an der caseta circa 300 Meter entfernt vom Hotel. Diese Wachen dienen als Frühwarnsystem im Falle von Angriffen auf zapatistisches Gebiet. In diesen Tag- und Nachtstunden gibt es Zeit zum Quatschen, wenn es das Spanisch der compas zulässt und die Schüchternheit abnimmt. Die compas erzählen von ihrer comunidad,

Mexiko-Plattform Österreich

von ihrer Familie, von ihrer milpa (Felder), vom Klima, vom Kampf, von der schlechten und von der guten Regierung, von den Errungenschaften und zukünftigen Zielen ihrer Bewegung und fragen nach unserer Heimat, nach unseren Familien, nach den Dingen, die wir ernten bzw. mit welcher Tätigkeit wir unsere Lebensmittel verdienen, wenn wir sie nicht selbst auf unserem Land anbauen, wie das bei den Zapatistas üblich ist. Sie erkundigen sich nach unseren Kämpfen und wir sprechen über Ähnlichkeiten, Unterschiede und wir teilen Ideen und sprechen uns Mut zu für unsere Kämpfe, die sich ähnlich, aber doch nicht zu vergleichen sind“.

Zu den Aufgaben der BeobachterInnen zählt, in den ihnen zugeteilten Gemeinden präsent zu sein, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, für den Informationsaustausch zwischen Gemeinden und Menschenrechtszentren zu sorgen und nach der Rückkehr durch Öffentlichkeitsarbeit über die Situation in Mexiko zu informieren.

Vorbereitung als Voraussetzung

Die Mexiko-Plattform arbeitet mit Organisationen in den Bundesstaaten Chiapas und Guerrero zusammen und bereitet Interessierte in Österreich im Rahmen von obligatorischen Seminaren auf die zweiwöchige Beobachtung vor. Im Vorbereitungsseminar werden unter anderem die Hintergründe der Konflikte sowie gesellschaftliche Alternativen diskutiert und praktische Informationen für den Aufenthalt in den Gemeinden vermittelt.

Interessierte sind herzlich eingeladen, an den kommenden Veranstaltungen teilzunehmen. ■

Das nächste Seminar findet am **14. & 15. Mai und 28. & 29. Mai 2011 in Wien** statt. Anm. und weitere Info unter Mexiko-Beobachtung@gmx.at www.mexiko-plattform.org; www.solinetz.at; www.frayba.org.mx; www.tlachinollan.org



Auch im Bundesstaat Guerrero organisieren und vernetzen sich die *campesino*- und *indigena*-Gemeinden, um ihre verletzten Rechte zu verteidigen. Hier sind Polizei, Militär und Drogenmafias gemeinsam für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Der vom Präsident Calderón ausgerufene „Krieg gegen die Drogen“ führte zu einem Anstieg der Übergriffe auf die Zivilgesellschaft und auf soziale Bewegungen. Machtmissbrauch, willkürliche Verhaftungen, Folter und das Verschwinden von Personen prägen das

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen.

deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika,
Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin

Tel: +49-30/789 913 61, Fax: +49-30/789 913 62 od. 789 134 57

Internet: <http://www.npla.de> E-mail: poonal@npla.de

Als Email-Abo kann POONAL gegen Überweisung einer einmaligen Schutzgebühr von EUR 20,- bei obiger Adresse bestellt werden.

HONDURAS

Kredit für Ölpalmen gestrichen

Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) hat nach Protesten von Nichtregierungsorganisationen einen Kredit über 20 Millionen US-Dollar (13,85 Millionen Euro) zur Unterstützung von Palmölanbau in Honduras gestrichen. Das Geld sollte dem Agrarunternehmer Miguel Facussé, einem Unterstützer des Putsches gegen die letzte demokratisch gewählte Regierung des mittelamerikanischen Landes, zugute kommen.

Der honduranische Agrarunternehmer Facussé wird für die Eskalation des Landkonfliktes in der Region *Bajo Aguán* an der honduranischen Atlantikküste verantwortlich gemacht. Laut einem Bericht, der am 25. März von Menschenrechtsorganisationen an die Interamerikanische Menschenrechtskommission übergeben wurde, werden Facussés privatem Sicherheitsdienst zwischen Jänner 2010 und Jänner 2011 Morde an 23 Kleinbauern sowie einem Journalisten und dessen Partnerin angelastet.

In einer Stellungnahme des zur staatlichen KfW-Bankengruppe gehörenden Kreditinstitutes heißt es nun: „Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Landkonfliktes hat sich die DEG entschieden, das Vertragsverhältnis nicht fortzusetzen und das Darlehen damit nicht auszuführen.“ Das nach Angaben der DEG bereits „zugesagte Darlehen“ über 20 Millionen US-Dollar ist damit gestrichen.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN, die gemeinsam mit fünf weiteren internationalen Organisationen und Netzwerken eine Untersuchungsmission in den *Bajo Aguán* unternommen hatte, begrüßte die Entscheidung der DEG, „da sie den ihr vorgelegten Menschenrechtsberichten mit Sorgfalt nachgegangen ist und die entsprechenden Konsequenzen gezogen hat“.

Sie habe damit ein doppeltes Signal gegeben: „Erstens an ihre Geschäftspartner, dass die Verwicklung in Menschenrechtsverbrechen finanzielle Folgen hat. Zweitens an die anderen internationalen Kreditgeber des honduranischen Palmölproduzenten,

darunter die Weltbank, ihre laufenden Verträge ebenfalls einer menschenrechtlichen Überprüfung zu unterziehen“, so Wolpold-Bosien, Zentralamerika-Referent bei FIAN.

Quelle: FIAN-Presseaussendung

BRASILIEN

AKW läuft ohne Betriebsgenehmigung

Das brasilianische Atomkraftwerk *Angra 2* in der Nähe von Rio de Janeiro läuft seit Inbetriebnahme im Jahr 2000 ohne entsprechende Betriebsgenehmigung. Dies berichtet die Tageszeitung *Correio Braziliense* in ihrer Ausgabe vom 23. März. Das von Siemens/KWU gebaute *Angra 2* habe demnach nur die Genehmigung für die Betriebsaufnahme, aber nicht für den dauerhaften Betrieb. Der Reaktor *Angra 1* verfüge über diese von der nationalen Nuklearenergiekommission CNEN erteilte Genehmigung, *Angra 2* aber nicht.

Atomanlagen müssen in Brasilien zunächst durch die Bundesumweltbehörde *Ibama* genehmigt und dann durch die nationale Nuklearenergiekommission CNEN autorisiert werden. Dies sei aber, so der *Correio Braziliense*, nie geschehen. *Angra 2* habe im Jahr 1999 eine Einjahresgenehmigung von der *Ibama* für den Testbetrieb erhalten. Im Jahr 2000 wurde demnach eine neue temporäre Genehmigung erteilt, aber auch in dieser fehlt die Bestätigung für die definitive Betriebsgenehmigung.

Der *Correio* zitiert die von *Ibama* erteilte Auskunft zur aktuellen Situation des AKW am Strand des „faulen Steins“ als „Betriebsgenehmigung ausgelaufen“. Die Nuklearbehörde CNEN sieht das Problem bei *Ibama*: Das Umweltamt müsse zuerst die Umweltprüfung abschließen, erst dann könne CNEN seinerseits die Genehmigung erteilen. Dies ist bisher nicht geschehen.

Im Atomkomplex *Angra* laufen derzeit zwei Atomkraftwerke, das dritte, *Angra 3*, wird derzeit gebaut und erhält dafür auch Hermes-Bürgschaften aus Deutschland.

ECUADOR

Chevron legt Berufung ein

Das US-amerikanische Mineralölunternehmen *Chevron* hat Berufung gegen das im Februar ergangene Urteil eines ecuadorianischen Gerichtes eingelegt. Das Unternehmen wurde zur Zahlung von acht Milliarden Dollar wegen Umweltverschmutzung verurteilt. *Chevron* hingegen erklärte das Urteil für „ungültig aufgrund von Betrug“.

Wie die Ölfirma mitteilte, hätten die AnwältInnen der KlägerInnen den Prozess „korruptiert“. Zudem sei versucht worden, Beweise zu „erfinden“. Weiters hieß es von Seiten des Unternehmens, die RechtsvertreterInnen der betroffenen Gemeinden hätten versucht, die RichterInnen „unter Druck zu setzen“. Auch die klagenden Gemeinden hatten von Druck seitens des Unternehmens berichtet, um das Gerichtsverfahren in die Länge zu ziehen.

Im vergangenen Februar hatte der Richter des Gerichts der Provinz von *Sucumbios* mit seinem Urteil einen Schlussstrich unter den 17 Jahre dauernden Rechtsstreit gezogen. *Chevron* wurde für schuldig befunden, zwischen 1964 und 1990 die Umwelt mit Giftmüll verseucht zu haben. Dieser Müll hat im ecuadorianischen Amazonasgebiet zu massiven Schäden an Mensch und Umwelt geführt.

CHILE

Verurteilte Mapuche erneut im Hungerstreik

Am vergangenen 15. April befanden sich die vier politischen Mapuche-Häftlinge Héctor Llaitul, Ramón Llanquileo, José Huenuche und Jonathan Huillical bereits wieder seit einem Monat im Hungerstreik. Die vier Männer waren am 15. März von einem Gericht in *Cañete* wegen des Attentats auf den Staatsanwalt Mario Elgueta zu Haftstrafen zwischen 20 und 25 Jahren verurteilt worden. Nachdem das Urteil gesprochen war, hatten sich die Männer entschlossen, den Hungerstreik von 2010 wieder aufzunehmen.

Die Inhaftierten, die alle Mitglieder der Koordinationsstelle der Mapuche-Gemeinden im Konflikt Arauco-Malleco CAM sind, fordern mit ihrem Hungerstreik einen fairen Prozess ohne Vorverurteilung und ohne Anwendung des noch aus der Pinochet-Diktatur stammenden Anti-Terror-Gesetzes.

Die Sprecherin der Inhaftierten, Natividad Llanquileo, unterstrich, dass die Urteile politisch motiviert seien. Die Häftlinge selbst bezeichnen sich als politische Häftlinge. Die Hungerstreikenden befanden sich in einem bedenklichen Gesundheitszustand, da sie an einem früheren, mehr als drei Monate dauernden Hungerstreik teilgenommen hatten. Héctor Llaitul habe bereits 12 Kilogramm Körpergewicht verloren.

Die Verurteilten „bleiben inhaftiert, weil sie anders denken und die Fahne des Kampfes hochhalten“, erklärte der Freigesprochene Luis Menares. Während des Prozesses sei das Anti-Terror-Gesetz angewendet und die Beschuldigten daraufhin vorsorglich inhaftiert und es seien Aussagen anonymen Zeugen im Prozess verwendet worden. Außerdem habe man schwere Unregelmäßigkeiten im Prozessverlauf festgestellt, kritisierten Mapuche-Vereinigungen.

Nach dem dreimonatigen Hungerstreik vom vergangenen Jahr hatte die Regierung nach Verhandlungen zugesagt, das Anti-Terror-Gesetz nicht mehr anzuwenden. Llanquileo und weitere Mapuche-Verbände haben jedoch betont, dass diese Zusage immer ausgehebelt werde. In der Hauptstadt Santiago de Chile und den Städten Concepción und Temuco will die CAM deshalb weiter zu Protestdemonstrationen aufrufen.

ARGENTINIEN

Justiz verurteilt Verbrechen der Diktatur

Der Bundesgerichtshof Nr.1 von Buenos Aires hat vier Verantwortliche der zwischen 1976 und 1983 bestehenden Militärdiktatur wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Der Generalmajor Eduardo Cabanillas wurde zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Die ehemaligen Mitarbeiter des SIDE Eduardo Ruffo und Honorio Martínez Ruiz wurden zu jeweils 25 Jahren Haft verurteilt, der ehemalige Gehei-

magent Raúl Antonio Guglielminetti zu 20 Jahren Haft.

Die Verbrechen wurden im Rahmen der *Operation Kondor* im Geheimzentrum für Verhaftungen *Automotores Orletti* verübt. Im Stadtviertel Flores von Buenos Aires wurde damals eine alte Autowerkstatt durch Mitarbeiter des argentinischen Geheimdienstes SIDE angemietet und zum Geheimzentrum umfunktioniert. Hier wurden Menschen aus Argentinien, Chile, Uruguay, Peru, Bolivien und Kuba verhört und gefoltert. Unter dem Decknamen *Operation Kondor* koordinierten in den 1970er und 1980er Jahren die Diktaturen Südamerikas die Verfolgung oppositioneller Kräfte.

Das Gericht befand die Angeklagten der rechtswidrigen Freiheitsberaubung, der Folter und Ermordung von 65 Opfern für schuldig. Von diesen sind 18 noch immer verschwunden: zehn Argentinier, drei Uruguayer, zwei Kubaner, ein Chilene und zwei in Bolivien entführte Argentinier. Weitere sechs Argentinier wurden ermordet. Zum ersten Mal in der Geschichte der Aufarbeitung der südamerikanischen Diktaturverbrechen wurde durch das Gerichtsurteil sowohl die rechtswidrige Freiheitsberaubung von 65 Menschen durch die *Operation Kondor* als auch die repressive Kooperation zwischen den ehemaligen Diktaturen des Cono Sur bestätigt.

URUGUAY

Immunitätsgesetz vor Aufhebung

Der Staat Uruguay muss Gesetze aufheben, die Militärs und Polizisten schützen, die der Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur von 1973 bis 1985 angeklagt sind. Das entschied der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte CIDH, eine Institution der Organisation Amerikanischer Staaten OAS, am 24. März.

Am 12. April stimmte der uruguayische Senat für die faktische Aufhebung des seit 1986 gültigen Immunitätsgesetzes (*Ley de Caducidad*). Es verbietet die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen, die während der Militärdiktatur (1973–1985) von Militär und Polizei begangen wurden. Das Gesetz fand mit nur einer Stimme eine denkbar knappe Mehrheit. Nach intensiven Debatten innerhalb des Linksbündnisses *Frente Amplio* hatte mit Jorge Saravia einer seiner Senatoren dagegen votiert.

Es muss nun ein weiteres Mal im Abgeordnetenhaus abgestimmt werden, bevor die Aufhebung in Kraft treten kann. Hier gilt eine Mehrheit jedoch als sicher. Gesetzesgegner nährten darüberhinaus Spekulationen über ein mögliches Veto von Präsident José Mujica, was dieser jedoch bereits verneinte.

Neben Menschenrechtsorganisationen hatten auch immer wieder nationale und internationale Gerichte das vor dem Ende der Militärdiktatur entstandene Gesetz für menschenrechtswidrig erklärt. Bereits zwei Referenden mit dem Anliegen, das Immunitätsgesetz zu annullieren, waren 1989 und 2009 gescheitert.

BOLIVIEN-CHILE

Bolivien fordert Zugang zum Meer

Bolivians Präsident Evo Morales hat seinen chilenischen Amtskollegen Sebastián Piñera wegen der in einem Interview gemachten Äußerung kritisiert, die Forderung Boliviens nach einem Meeres-Zugang sei „unmöglich“. Morales erhob den Anspruch seines Landes auf einen souveränen Zugang zum Pazifik erneut. Bolivien sieht sich in seinen wirtschaftlichen Entwicklungschancen beeinträchtigt.

Piñera hatte erklärt, dass der Grenzvertrag Chiles mit Bolivien aus dem Jahr 1904 nach wie vor Rechtskraft besitze. Morales hatte daraufhin entgegnet, die Verweigerung eines Meeres-Zugangs für Bolivien bedeute, die Geschichte zu verkennen. Piñera fehle es an Gefühlen, ihm sei Boliviens historische Forderung fremd. Hintergrund ist der sogenannte Salpeterkrieg (1879 bis 1884), an dem als dritte Kriegspartei auch noch Peru teilnahm. Der Konflikt endete damit, dass Bolivien seinen Zugang zum Pazifik verlor.

Präsident Morales verwies auf den Dialog, den er 2006 mit der damaligen chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet aufgenommen hatte. Er sei damals überzeugt gewesen, durch Verhandlungen zu einer Lösung zu gelangen. Allerdings habe Santiago de Chile ihm nie einen formalen Vorschlag unterbreitet. Morales versicherte, dass er weiter offen sei für einen bilateralen und multilateralen Dialog. Allerdings werde Bolivien auch die internationale Justiz anrufen. Hierzu hatte Chiles Präsident Piñera angemerkt, dass ein Dialog und der Gang vor internationale Gerichte miteinander unvereinbar seien.

weiter Seite 30 ⇨



BUCHBESPRECHUNG

EIN KOMPASS IN BUCHFORM

Hella Braune, Frank Semper: Bolivien
Sebra Verlag, Hamburg 2010, 520 Seiten,
EUR 24,85

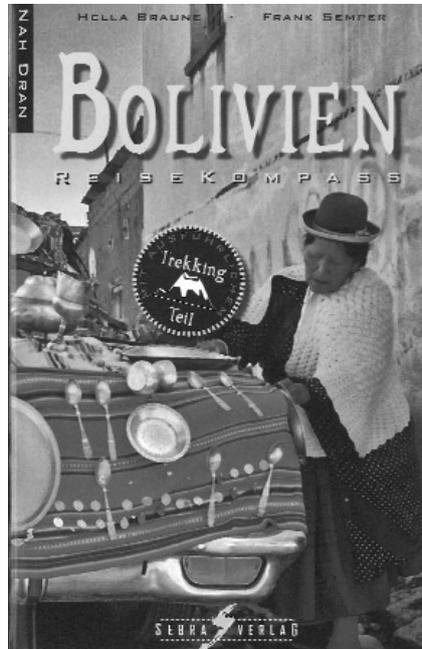
Diese überarbeitete und aktualisierte Neuauflage des Bolivien-Führers aus dem kleinen, doch sehr fachkundigen Sebra-Verlag geht auf die verbesserte Infrastruktur für die Erkundung des Landes und auch auf das „indigene Erwachen“ ein, personifiziert in der Person von Evo Morales, dem ersten indigenen Präsidenten des Andenstaates. Dieses „Erwachen“ hat auch einen Aufschwung indigen-kommunitärer Tourismusprojekte zur Folge, da die originären Völker nunmehr ihre Territorien selbst verwalten können.

Bei den Recherchen zur Erstauflage des Buches Ende der 1990er Jahre war das Land noch eine „schlafende Schönheit“, schreibt das Autorenpaar im Vorwort, mit lausigen Straßenverbindungen und schlechten Bussen. Heute kommt man von La Paz aus relativ rasch und bequem zum Titicaca-See und in die Yungas. In der Bergwelt rund um die vergletscherten Gipfel von Illimani und Illampu gibt es Unterkünfte mit guten Betten und guter Küche, mit Pferde- und Mountainbike-Verleih.

Nach einem Überblick über Land, Natur und Kultur werden die zahlreichen Touren beschrieben: sportliche Ausflüge mit dem Mountainbike von der Hochgebirgsregion in die üppige Vegetation der Yungas unter dem nicht sehr verlockenden Titel „Death Road“, Bergwanderungen in die Welt der Sechstausender in der *Cordillera Real*. Den vielen Wandermöglichkeiten widmet sich ein eigener Trekkingteil.

Politisch Interessierte können auf der „Ruta del Che“ den letzten Stationen der Revolutionsikone folgen, GeschichtsromantikerInnen ist ein Besuch der Jesuitenmissionen im Osten des Landes zu empfehlen, wo schon im 18. Jahrhundert der Menschheitstraum einer gerechten Gesellschaft verwirklicht werden sollte.

Der Reiseführer eröffnet zahlreiche Möglichkeiten zum Besuch interessanter Stätten aus präkolumbiner Zeit bis herauf



in die Gegenwart, alles sachlich fundiert beschrieben und mit den erforderlichen Reisetipps, Karten und Stadtplänen versehen. Für Bolivienreisende ein Muss – und für LeserInnen des Buches ein Anreiz, dieses faszinierende Land in dieser historisch bedeutenden Phase zu besuchen.

Werner Hörtnner

BILANZ MIT DEFIZITEN

Benjamin Beutler: Das weiße Gold der Zukunft. Bolivien und das Lithium
Rotbuch Verlag, Berlin, 2011, 191 S.,
EUR 13,40

Südamerika als billiger Selbstbedienungsladen des reichen Nordens ist so zum Synonym für ausweglose Misere, gefährliche Armenviertel, Drogenhandel und extreme Ungleichheit geworden. Stören tut diese Ungerechtigkeit die wenigsten. Doch wehe es zieht der Wind der Veränderung auf. Dann überschlagen sich die Schlagzeilen und TV-Kommentatoren, warnen vor charismatischen Caudillos, kämpferischen Revolutionen und wütenden Volksaufständen, die gegen den Fortbestand dieser Weltordnung aufbegehren.“ (9) So geht es auch der Regierung von Evo Morales, der angesichts erster Krisensymptome und

von Protesten gegen Preiserhöhungen bereits das Ende prophezeit wird. Eine erstaunlich konzertierte Journalistik klagt über angebliches wirtschaftspolitisches und drogenpolitisches Versagen, über die Krise der Justiz und weiter zunehmende Lynchjustiz.

Der Prozess des Wandels in Bolivien ist in den Niederungen des Alltagsgeschäfts und der Widersprüche angekommen und seine Gegner nutzen das, um ein negatives Zerrbild zu zeichnen. Da ist es hilfreich, die Entwicklung in eine Perspektive zu setzen. Bei Beutler kann man wieder einmal detailreich nachlesen, von welchem Ausgangspunkt man gestartet war: die Ausplünderung der Rohstoffe und die soziale Misere, die nahtlose Rotation von Personal aus Weltbank und IWF in Ministerämter und zurück, die Repression. Auch unter dem 2003 gestürzten Präsidenten „Goni“ Sánchez de Lozada schossen Scharfschützen auf Demonstranten. Der publizistische Aufschrei blieb damals aus. Von Protesten und Sanktionen aus dem State Department und den europäischen Außenämtern war nichts zu vernehmen.

Man hätte sich allerdings darüber hinaus eine Bilanz des halben Jahrzehnts der Regierung Morales gewünscht, insbesondere was sie in der Rohstoffpolitik anders macht und wo die Probleme liegen. Doch vom neuen Bolivien ist leider nur auf den letzten 25 Seiten die Rede, und vom Lithium, das Bolivien zum „Saudi Arabien des 21. Jahrhunderts“ machen könnte, nur in der Einleitung und auf den letzten sechs Seiten. Insofern – und das ist wohl Sache der Vertriebspolitik des Verlags und nicht die Schuld des Autors – kommt das Buch als ausgesprochene Mogelpackung daher. Ein weiteres Beispiel dafür, dass sich ein Besuch in der Buchhandlung lohnt, wo man blättern kann, statt sich auf Klappentexte und Verlagsankündigungen zu verlassen – oder auch das Lesen von Rezensionen.

Robert Lessmann

BILDBAND KUBA

Harald Neuber: Das neue Kuba
Rotbuch Verlag, 2011, 192 S., rd. 200
Fotos, EUR 19,95

Kuba zwischen 1959 und 1969. Das Kerste Jahrzehnt nach der Revolution in teilweise bisher unveröffentlichten Schwarzweiß-Fotos. Es war eine Zeit der

Auf- und Umbrüche, getragen von einer Gruppe unorthodoxer, langhaariger und bärtiger junger Männer (*los barbudos*), die das Volk begeisterten und auch einen gar nicht so kleinen Teil der Welt. Welch' ein Kontrast zur heutigen Stagnation! Immer wieder der Che, damals schon eine lebende Legende, heute ein Mythos. Von der kubanischen Revolution ging große Transzendenz aus. Mit der Invasion in der Schweinebucht (am 17. April vor 50 Jahren) und der Raketenkrise (1962) stand Kuba plötzlich im Brennpunkt des Kalten Krieges, die Welt am Rande eines Atomkonflikts. Der Bildband wird durch einen brillanten und differenzierten Essay des Historikers Michael Zeuske eingeleitet. Empfehlenswert für alle Freunde Kubas. Ein Muss für Revolutionsnostalgiker.

Robert Lessmann

GESTUTZTE FLÜGEL

Philipp Schläger: Der entzauberte Präsident. Barack Obama und seine Politik

Rotbuch Verlag, Berlin, 2010, 191 S., EUR 10,30

Am 5. Jänner trat der Kongress nach den Zwischenwahlen vom November mit einer republikanischen Mehrheit zusammen; die demokratische im Senat war deutlich geschrumpft. Das Attentat auf die Abgeordnete Gabrielle Griffords in Arizona war nur der letzte Ausdruck der aufgeheizten, ja brutalen Stimmung. Gegen den 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten gibt es doppelt so viele Morddrohungen wie gegen seinen Vorgänger. Die Rechte in den USA macht mobil, und das an allen Fronten.

Barack Obama hatte sein Amt mit den höchsten Zustimmungsraten seit J.F. Kennedy angetreten. Inzwischen herrscht Ernüchterung. Die Armut im Land hat zugenommen (bei altbekannter Verteilung: jeder zehnte Weiße und jeder vierte Schwarze ist arm); einer von acht US-Amerikanern ist auf Essensmarken angewiesen. Der Verteidigungshaushalt ist der höchste der US-Geschichte. „Es ist bezeichnend, dass gerade diese Politik der vermeintlichen Mitte mit einer verwässerten Reformagenda die Entstehung einer rechten Bewegung motivierte, die keine Gelegenheit ausließ, den Präsidenten anzugreifen. Zugleich frustrierte er seine progressive Basis“ (S. 156), resümiert Philipp Schläger. Er entzaubert Obama, aber er demontiert ihn nicht. Schläger nimmt sich die

wichtigsten Politikfelder vor: Finanzkrise, Gesundheitsreform, Sicherheitspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Außenpolitik, Irak, Afghanistan und benennt die herkulischen Herausforderungen der Hinterlassenschaft von George W. Bush, die vielfältigen Widerstände, aber auch hausgemachte Fehler.

Vor allem habe Obama in vielen Bereichen auf personelle Kontinuität gesetzt und sich mit Leuten aus der alten Garde der vorhergehenden Administration umgeben. In der Afghanistanpolitik hat ihn das dazu geführt, schließlich das Gegenteil von dem zu tun, was er eigentlich wollte. Daneben sei er der Opposition gegenüber zu kompromissbereit gewesen, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Mit unerledigten Hausaufgaben war dann auch international nichts zu holen: „Ohne ein nationales Energiegesetz standen Obamas Chancen für ein verbindliches internationales Abkommen in Kopenhagen Ende 2009 – das vom Senat mit einer Zweidrittelmehrheit hätte ratifiziert werden müssen – von vorneherein schlecht.“ (S. 108) Schließlich hatte Präsident Clinton das Kyoto-Protokoll zwar unterschrieben, war damit aber im Senat gescheitert.

Neben vielfältigen Frustrationen (Expansion des Afghanistankrieges, Fortbestand von Guantánamo, Stillstand in Lateinamerika, groteske Kontinuität in der Drogenpolitik gibt es auch Licht: ein neuer START-Abrüstungsvertrag mit Russland. Wer die Außenpolitik des noch immer wichtigsten Global Players verstehen will, der kommt um die Innenpolitik nicht herum: den Einfluss von *think tanks* und Lobbyisten. Obama hat als erster Präsident seit 30 Jahren wieder grünes Licht für den Bau von Atomkraftwerken gegeben. Betreiberfirmen gehörten zu seinen wichtigsten Geldgebern im Wahlkampf.

Robert Lessmann

EINSATZ FÜR HUMANITÄT

Susanne Scholl: Allein zu Hause

Ecwin Verlag, Salzburg, 2011, 176 Seiten, EUR 21,90

Susanne Scholl ist empört. Die ehemalige Russlandkorrespondentin des ORF stößt seit ihrer Pensionierung im vergangenen Jahr immer wieder auf Menschen, deren Schicksal sie nicht unberührt lässt.

Im kriegsverwüsteten Tschetschenien hat sie die Umstände kennengelernt, die Menschen ins Exil treiben: religiöse oder politische Verfolgung, Folter, Blutrache, Stammesfehden. Wer Schicksale von Flüchtlingen nicht nur aus Akten kennt, muss Gesetze und Praxis in Österreich, die noch dazu im Halbjahrestakt verschärft werden, weltfremd und menschenverachtend finden. Das tut Scholl.

Aufgerüttelt wurde die Autorin durch den Fall afrikanischer Fußballer vom Verein *Sans Papier*, die vom Spielfeld weg von der Fremdenpolizei in Schubhaft genommen und nach Nigeria abgeschoben wurden. Was mit ihnen in ihrer Heimat, aus der sie nicht ohne Grund geflohen waren, passiert ist, weiß man nicht.

Scholl kontrastiert die Schicksale von Flüchtlingen, die täglich mit Abschiebung rechnen müssen, mit jenem gut integrierter Zuwanderer und anerkannter Flüchtlinge, von Chile bis Afghanistan. Es sind zum Teil Erfolgsgeschichten: von Menschen, die in Österreich Fuß fassen durften und ihre Talente einbringen können. Diese Beispiele sollen auch beweisen, dass Zuwanderer, aber auch Flüchtlinge zu Unrecht im öffentlichen Diskurs fast ausschließlich als Belastung dargestellt werden. Es herrscht die Sicherheitsoptik des Innenministeriums, dessen Ausweisungsbescheide an Kinder geradezu hilflos absurd klingen. So ist da zu lesen, „dass die öffentlichen Interessen an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die privaten Interessen der Antragsteller an einem Verbleib in Österreich überwiegen“. Scholl zweifelt an Amtsärzten, die Gutachten von erfahrenen Mediziner der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wonach Flüchtlinge aus Tschetschenien traumatisiert seien, vom Tisch wischen. Und sie bekämpft die Praxis, Tschetschenen nach Polen zurückzuschieben, wo die Agenten des Kadyrow-Regimes Flüchtlinge einschüchtern, wenn nicht ermorden.

Susanne Scholl setzt sich für eine humanere Gesetzgebung und Vollziehung ein. Und sie glaubt, dass ziviler Ungehorsam helfen kann. Das beweise etwa die Vorarlberger Gemeinde Röthis, wo sich der Bürgermeister und das halbe Dorf der Fremdenpolizei in den Weg stellten, die eine bestens integrierte Familie kosovarischen Ursprungs abholen wollte. Die Familie bekam schließlich Bleiberecht. ■

Ralf Leonhard

⇒ von Seite 27: KURZNACH-
RICHTEN

BRASILIEN–PORTUGAL

Kauft Brasilien portugiesische „Staatschrottanleihen“?

Der sarkastische Kommentar in der *Financial Times*, der die Annektierung Portugals durch das aufstrebende Brasilien als Lösung für alle Übel vorschlug, hatte das spätestens seit dem jüngsten EU-Präsidentengipfel in finstere Depression versunkene Land noch nicht erreicht, als Luiz Inácio Lula da Silva seinerseits bereits einen Spaltbreit die Türe aufgestoßen hatte und einen Hoffnungsschimmer aufblitzen ließ.

Der charismatische Ex-Präsident und seine Nachfolgerin Dilma Rousseff befanden sich zu ganz anderem Anlass in Lissabon: Lula hat den Nord-Süd-Preis des Europarats und ein Ehrendoktorat der Universität Coimbra erhalten. In einem ersten Statement ließ er nun aufhorchen: der Internationale Währungsfonds (IWF) bietet keinerlei Lösung für Portugal, ebenso wenig wie er dies je für Brasilien getan habe. Schon während seiner Amtszeit erreichte die Zentralbank Brasiliens ein Angebot zum Ankauf portugiesischer Staatsanleihen, mittlerweile durch wiederholte Abwertungen seitens *Standard & Poors* (S&P) als Schrottanleihen bezeichnet, das bislang unberücksichtigt blieb. Die Entscheidung obliege der Staatspräsidentin, wehrte Lula die aufgeregten Nachfragen der Medien freundlich aber bestimmt ab.

Die Stimmen in Portugal jedenfalls häufen sich – halb im Ernst, halb belustigt –, dass ein Statusverlust Lissabons im Tausch gegen das Angebot günstigerer Kredite und eines die Krise abfedernden ökonomischen Polsters in jedem Fall hinzunehmen sei. Als Dilma Rousseff erstmals offiziell ihren Fuß auf europäischen Boden setzte, räumte sie auf Nachfrage nun tatsächlich die Möglichkeit einer Rettungsmaßnahme ein: „Brasilien wird alles in seiner Macht Stehende tun, um Portugal aus der Krise zu helfen“, bestätigte sie somit indirekt die Aussagen ihres Mentors und Vorgängers Lula, der diese Möglichkeit als „ernstzunehmende“ verstanden haben wollte. ■

Birgit Zehetmayer

LITERATUR UND REVOLUTION

Erörterung einer unentschiedenen Beziehung am Beispiel des salvadorianischen Dichters und Guerilleros **Roque Dalton**

Literarisches Quartier in der Alten Schmiede, Wien 1., Schönlaterngasse 9

Mi., 11. und Do., 12. Mai 2011, jeweils um 19 Uhr

Mit Beiträgen und Lesungen von Horacio Castellanos Moya (Pittsburgh), Jorge Dalton (San Salvador), Belén Gopegui (Madrid) und Kathrin Röggla (Berlin)

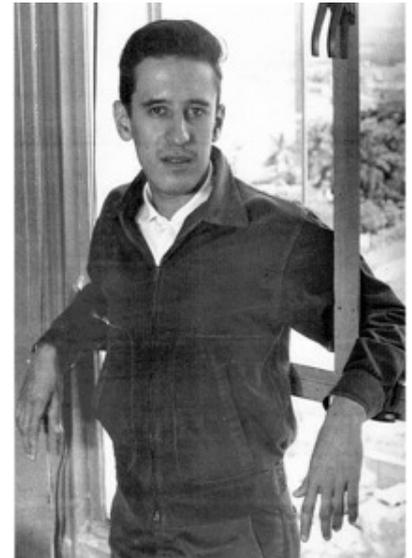
Deutsch und Spanisch, mit Übersetzung

Roque Dalton (1935–1975) ist der wichtigste Dichter El Salvadors, der Bertolt Brecht oder Jura Soyfer Mittelamerikas, sein Leben ein Abenteuerroman, seine Dichtung der blitzende Funken Schlag zwischen politischer Utopie und Sinnlichkeit, zwischen revolutionärer Überzeugung und Lust am Ketzertum.

Von den Diktaturen seines Landes wegen subversiver Tätigkeit zum Tode verurteilt, gelang es ihm zweimal, seiner Hinrichtung zu entkommen. Das erste Mal wurde der Diktator Lemús gestürzt und es gab eine Amnestie, das zweite Mal riss ein Erdbeben ein Loch in die Mauer der Gefängniszelle, durch das sich Dalton in die Freiheit graben konnte.

Er lebte in Mexiko, Prag, die längste Zeit in Kuba im Exil, er bereiste ganz Lateinamerika, Europa (auch Wien), China, Vietnam und Korea. Er half mit, eine der ersten Guerillaorganisationen seines Landes auf die Beine zu stellen, die Revolutionäre Volksarmee (ERP), und wurde von einer militaristischen Fraktion seiner eigenen Organisation unter bis heute nicht geklärten Umständen ermordet.

Dalton war Pionier einer linken Geschichtsschreibung und Kulturforschung seines Landes, er machte emphatisch Gebrauch von „Guanakismen“ (salvadorianischen Varianten des Spanischen) und integrierte als erster Dichter Mittelamerikas die Sprache der Straßen und Spelunken, Bordelle und Gefängnisse in seine Dichtung. Er beschoss eine sich globalisierende Popkultur mit antikapitalistischen Pointen und kritisierte politische Befreiungskonzepte mit der fein geschliffenen Machete seines Witzes. Sein Leben und Werk steht – exemplarischer noch als das Che Guevaras – für den Versuch, neokoloniale und imperialistische Unterdrückungsstrukturen mit literarischen und politischen Mitteln zu bekämpfen, aber auch für die Widersprüche und Konflikte, in die man dabei geraten kann.



Unsere Veranstaltung soll diesem Mann ein Denkmal setzen, allerdings eines, das über sich selbst nachdenkt, sozusagen über den eigenen Sockel stolpert und sich dabei über Denkmalsetzungen, Kanonisierungen, säkuläre Heiligsprechungen so lustig macht, wie Roque Dalton das sicherlich getan hätte.

In einer Zeit, in der es üblich geworden ist zu behaupten, dass mit dem Ende der despotischen realsozialistischen Regime utopisches Denken, revolutionäres Handeln und politisch motivierte Literatur überhaupt obsolet geworden sind, geht es uns aber auch darum, Möglichkeiten und Hindernisse engagierten, eingreifenden Schreibens zu erörtern. Zu diesem Anlass haben wir neben dem Filmemacher Jorge Dalton, dem jüngsten Sohn des Dichters, drei Autoren eingeladen, die sich mit verschiedenen Mitteln und in unterschiedlicher Form einer Literatur verschrieben haben, die auf eine radikale gesellschaftliche Veränderung und Kritik der Machtverhältnisse abzielt und als Voraussetzung dafür die Verständigung über gemeinsame Lebensprobleme sucht: die SchriftstellerInnen Kathrin Röggla, Belén Gopegui und Horacio Castellanos Moya.

Tina Leisch und Erich Hackl

Solidaritätsbrigade nach Nicaragua

von Anfang August bis Anfang September 2011

Das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit will Solidarität praktisch werden lassen und ruft auf zur Brigadereise nach Nicaragua im August 2011. Dieses Jahr wird die Brigade zum ersten Mal gemeinsam mit dem Infobüro Nicaragua Wuppertal organisiert. Ziel ist der Bau eines kommunalen Zentrums in Pancasan, einer ländlichen Gemeinde in Matagalpa im Norden Nicaraguas:

Solidaritätsbrigaden ermöglichen es, Einblicke in die Situation und den Alltag in Zentralamerika zu erhalten, Menschen und Basisorganisationen kennenzulernen, sich auszutauschen und Informationen zu sammeln. Wir wollen einen Bezug zu den Menschen und ihren Ideen bekommen, aber auch Bezüge zwischen der Situation im „Süden“ und den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im „Norden“ erarbeiten. Das schließt die Suche nach Ansätzen zur Veränderung hier ein.

In Zusammenarbeit mit unserer Partnerorganisation in Nicaragua, dem *Movimiento Comunal de Matagalpa*, wird mit der Brigade der Bau eines kommunalen Zentrums verwirklicht. Dies geschieht zum einen durch finanzielle Unterstützung, zum anderen durch die direkte Mitarbeit der BrigadistInnen.

Während wir auf der Baustelle arbeiten, leben wir in den Familien vor Ort und lernen die Realitäten dort aus der Nähe kennen. Außerdem gehört zur Brigade ein Gesprächsprogramm: Wir treffen uns mit verschiedenen Organisationen und Gruppen, die zu Themen wie Privatisierung, Freihandel, Menschenrechte, Geschlechterverhältnisse, Umwelt- und Bildungssituation arbeiten. Einige der Gespräche werden zu den geplanten Fokusthemen Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit stattfinden.

Gesucht werden Leute, die

* Interesse an einer Zusammenarbeit mit Leuten in Zentralamerika haben, die an Verbesserungen ihrer Situation und der Veränderung von politischen und sozialen Rahmenbedingungen arbeiten

* Lust haben, sich mit einer Gruppe von 10 bis 15 Leuten vorzubereiten, die Reise zu organisieren und dabei viel zu diskutieren

* bis zur Brigade soviel Spanisch beherrschen, dass es für die alltägliche Kommunikation reicht

* sich an vier Wochenenden von April bis Juli über die Verhältnisse in Nicaragua schlau machen, sich ins Schwerpunktthema einarbeiten und mit den gewonnenen Informationen und Erfahrungen von dort weiter arbeiten wollen

* sich für die Brigade vier Wochen freinehmen und etwa 1500 Euro aufbringen können (Flug, Unterkunft, Verpflegung) ...

Vorbereitungswochenenden: 20. bis 22.

Mai, 24. bis 26. Juni, 22. bis 24. Juli

Weitere Infos unter: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. nica@oeku-buero.de, www.oeku-buero.de Informationsbüro Nicaragua e.V.

info@informationsbuero-nicaragua.org, www.informationsbuero-nicaragua.org

Ringvorlesung Lateinamerika

Hybridität, Transkulturalität und Kreolisierung: Innovation und Wandel in Kultur, Sprache und Literatur Lateinamerikas

Die zunehmende Entfaltung transkultureller Räume im Zuge von Globalisierung und Migration hat auch in Lateinamerika eine Dynamisierung der Kontaktprozesse in Gang gebracht, die die traditionellen binären Oppositionen zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen nationaler europäisch geprägter und indigener Kultur(en) aufbrechen und auflösen. Unterschiedliche Traditionen fließen in kulturelle Praxen, Sprachen und Literaturen zusammen und bilden neue Synthesen, die unter Betonung des innovativen Wandels mit Konzepten wie Hybridität, Transkulturalität und Kreolisierung untersucht werden. Beiträge aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen beleuchten die Theoriediskussion aus verschiedenen Blickwinkeln.

28.4. | Bettina Kluge (Bielefeld): *Mi vida en otro lado*. Identitätskonstitution in den Blogs lateinamerikanischer Migrantinnen und Migranten in Québec

5.5. | Juliana Ströbele-Gregor (Berlin): *Rigoberta und Domitila. Imago und Spiegelungen* – Autobiographische Narrationen und Performance von indigenen Wortführerinnen

12.5. | Lioba Rossbach de Olmos (Marburg): *Entgrenzte Religiosität*: die afrokubanische Santería-Religion in Europa zwischen Kult, Kunst und Kultur

19.5. | Christopher Laferl (Salzburg): *Kulturelle Vielfalt als Thema in den Texten der lateinamerikanischen Populärmusik*

26.5. | Erna Pfeiffer (Graz): *Schreiben im transkulturellen Raum*: jüdisch-argentinische Autorinnen in Diaspora und Exil

1.6. (Mi!) | Adalberto Müller (Rio de Janeiro): *Affektive Landschaften im brasilianischen Film der Gegenwart* oder: Auch Unmenschen lieben

9.6. | Kathrin Saringen (Wien): *Transit Brasil*: Transkulturalität und Identität im brasilianischen Film

16.6. | Juan Carlos Godenzzi (Montreal): *Innovación y cambio lingüístico en procesos de urbanización*: el ejemplo del castellano andino

Jeweils Donnerstag, 18:30 s.t. Hörsaal B, Campus AAKH, Hof 2.10, 1090 Wien (Mi 1.6.: LAI, Türkenstr. 25, 1090 Wien)

27. Jahrestagung der Öst. Lateinamerika-Forschung

27. bis 29. Mai, Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, St. Wolfgang, Strobl

Die einzelnen Arbeitskreise widmen sich heuer den Themen: „Militarisierung der Politik und Ressourcenkonflikte in Lateinamerika“, „Formen der Konfliktbearbeitung in Lateinamerika“, „Global Change – local chance? Schachbrett Lateinamerika: Akteure-Interessen-Risiken“ sowie „Von Frauen, Fröschen und anderen Eingeborenen: Animalität und Biomacht im Überdenken der Modernität Lateinamerikas“. Die *Anmeldung* zur Tagung erfolgt durch die Überweisung der Teilnahmepauschale *bis spätestens 15. Mai* sowie durch die Übermittlung des ausgefüllten Anmeldeformulars via Post, e-mail oder Fax (LAI, z.H. Doris Rodas, Schlickgasse 1, 1090 Wien, doris.rodas@lai.at, Fax: +43 1 310 74 65-21). *Weitere Informationen* unter: www.lai.at/wissenschaft/argeoelaf/jahrestagung-2011.

PABLO MILANÉS, die Stimme Kubas

28. 6. Wien (Arena, Baumg. 80) und 29. 6. Graz (Schlossbergbühne Kase-matten), Einlass jew. 19:30

Pünktlich zum heurigen Sommeranfang präsentiert PuntoLatino.at einen weiteren bedeutenden Vertreter der lateinamerikanischen Kultur, den legendären kubanischen Sänger und Songwriter Pablo Milanés, in gleich zwei Konzerten. *Tickets*: www.arena.co.at, www.spielstaetten.at